

# Arbeiter-Zeitung

Freitag, 28. September 1928  
10. Jahrgang Nummer 227

Verkauf täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,00 M., monatlich 2,00 M., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,50 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Berichtsangelegenheiten 6 Pf. Restliche: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 20 Pf. — Schluss der Inseratenannahme lt. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlessien und Oberschlessien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Kreuzberg Straße 60, Telefon 500 89. **Filial-Expeditionen:** Breslau 544, Kabanien; Breslau, Kreuzberg Straße 50, Telefon 239 02. **Expedition der Redaktion:** von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Glatz, Büchelstraße 26, Telefon 4088; Glatz, S. 6, Telefon 1384. **Verlagsstelle:** von 8-10 Uhr. **Verlagsort:** am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** Schöler, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — **Druck:** „Rebano“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

## 4 bis 6 Mark Wochenlohn in schlesischen Hungergebieten

(Eig. Ber.) Breslau, 27. September.

Der Panzerkreuzerminister Severing bereift zurzeit im Anschluß an den Städtetag einige Gebiete in Schlessien. Man kennt diese Art Ministerreisen. An einem Tage werden fünf Orte aufgesucht, Konferenzen abgehalten, Begrüßungskreden entgegengenommen und erwidert, und zwischen Fisch und Braten werden dann bei spöttlicher Tafel die üblichen Versprechungen gemacht, um die arbeitende Bevölkerung zu beruhigen. So war es bei den Reisen des Ostauschusses, beim Erzstift-Besuch und beim Hindenburg-Kummel.

Gestern war Severing nun im Landeshuter Glendrevier. Die „Schlesische Volkszeitung“ berichtet darüber u. a. folgendes:

„In einem halbstündigen Vortrag beleuchtete dann Landrat Dr. Fiebranz die schwere Notlage des Kreises Landeshut und schilderte im einzelnen die besonders schwierigen Verhältnisse, die bei der schlesischen Grenzlandnot den Kreis Landeshut als besonders bedrückt für die Hilfe des Reiches und des Staates machen. Er hob dabei u. a. hervor, daß infolge der Stilllegung der Abendröste-Grube in Rothenbach und der Betriebsbeschränkungen und Stilllegung vieler Textilfabriken der Kreis Landeshut die größte Arbeitslosigkeit aufweist. Danach wies er auf den geringen Verdienst der Textil- und Bergarbeiter hin, führte an, daß es noch

Handwerkerfamilien gibt, die wöchentlich nur 4-6 Mark verdienen, schilderte das Wohnungssehd und die dadurch bedingte große Kindersterblichkeit und erbat die Hilfe aus Reichs- und Staatsmitteln.“  
Natürlich machte Severing angeführt dieser Schilderung der Not

der Handweber die üblichen Versprechungen und sagte u. a., der beste Grenzschutz scheint darin zu bestehen, daß wir die Grenzbevölkerung zufriedenerstellen. Alsdann setzte der Minister, wie die „Volkszeitung“ berichtet, im Automobil die Reise nach Waldenburg fort.

6 bis 8 Mark Wochenlohn in schlesischen Hungergebieten, das ist durchaus keine Ausnahmeerscheinung. Wenn Handweber viel verdienen, kommen sie auf 12 Mark in der Woche. Nicht minder ausgebeutet sind, trotz relativ höheren Lohnes, die Massen Arbeiter in den Textilfabriken. Grauenhaftes Wohnungssehd, hohe Kindersterblichkeit, körperliche und geistige Verkümmern der heranwachsenden Arbeitergenerationen sind die Folgen jener schandwürdigen Zustände, die nicht nur eine flammende Anklage gegen die besessene kapitalistische Gesellschaft, sondern auch gegen die Weimarer Koalitionsregierung sind, deren Chef Panzerkreuzerminister Severing viele Jahre gewesen ist.

Hundert Millionen für Kirche und Polizei hat die preussische Regierung, in der Sozialdemokraten entscheidenden Anteil haben, ausgewandt. Für Rennpferde usw. bewilligte sie Riesensummen. Was tut sie für die schlesischen Glendrevier? Kein Geld, kein Hindenburg, kein Severing helfen trotz aller Versprechungen den Ausgebetteten im schlesischen Hungerland. Sie können sich nur selbst helfen und befreien durch Einreihung in die Armee des revolutionären Proletariats.

Millionen für Panzerkreuzer, Kirche, Polizei und kapitalistischen Staatsapparat. Nichts für die Hungernden. Das ist die Politik der Panzerkreuzer-Koalition!

## Ein deutsches Panama

### Stinnes' Komplizen in der Reichsbank

#### Ein Beamter der Reichsbank vernommen — Der Wiener Großbankier Castiglioni b'zigt

Die Kriegsanleiheaffäre zieht immer weitere Kreise. Am Dienstag wurde der Reichsbankrat Kottlinski von der Reichsbank vom Untersuchungsrichter vernommen. Die Reichsbank ist stark verdächtig, an den Kriesschiebungen beteiligt zu sein. Es wird jetzt die interessante Tatsache bekannt, daß bei der Reichsbank eine Geheimabteilung bestand, die in ihren Tresors das Material verwahrte. Als Ende 1922 der Plan auftauchte, den Kriegsanleihealtbestand aufzuwerten, wurde mit der Einrichtung von Verpfändungen begonnen, und das Reichsfinanzministerium stellte an Hand der verfügbaren Anlagen fest, welche Kriegsanleihestücke zu einem bestimmten Stichtage als Altbestand aufgewertet werden sollten.

Diese Listen wurden an die Reichsbank abgegeben, und gleichzeitig wurde von der Reichsbank ein Laboratorium eingerichtet, in dem die eingehenden Anmeldungen, namentlich die Mäntel und die einzelnen Kriegsanleihestücke darauf geprüft wurden, ob etwa kleine Veränderungen vorgenommen worden waren, wenn Mäntel und Stücke nicht genau zueinander passen wollten. Hier arbeitete man mit Hilfe der Quarzlampe und konnte in vielen Fällen feststellen, daß den Anmeldebern „Zerrümpel“ passiert waren. In den meisten Fällen wurde dann den Leuten, die derartige Schiebungen versucht hatten, mitgeteilt, daß man ihre Taktik durchschaut habe, und fast immer zogen dann die Beteiligten ihre gesamten Ansprüche zurück, um nicht wegen Betrugs verfolgt zu werden.

Nun ist jedoch im Verlaufe der Untersuchung festgestellt worden, daß die Anmeldungen in einer außerordentlich geschickten Weise in der letzten Zeit durchgeführt worden waren. Mantel und Nummer der Stücke paßten in der Regel, so daß offensichtlich eine Verbindung zwischen der Reichsbank und den Schiebern bestehen mußte. Abschriften der Listen sollen außerdem im Besitz des Finanzministeriums und des Reichskommissars für Aufwertung gewesen sein.

Sicher ist, daß ohne Mithilfe einer dieser Stellen die Betrüge-reien in diesem Ausmaß unmöglich gewesen wären.

Stinnes dürfte nur einer der vielen großen Betrüger sein. So ist auch seine Freilassung als eine Konzession an die deutsche Finanzoligarchie zu betrachten. Ein Kriesspanama soll versucht werden.

Feststeht bis jetzt, daß von Seiten der Stinnes-Direktoren rund 70 Millionen angemeldet worden sind, daß Bela Groß über Bukarest und Wien 44 Millionen, der Bankier Horn etwa 16 Millionen angemeldet hat, daß die belgische Gruppe weit über 40 Millionen zur Anmeldung brachte. Groß hat nun bei seiner Vernehmung in Wien interessante Geständnisse gemacht. So teilt er mit, daß sein Kapital von Castiglioni, dem bekannten österreichischen Finanzmann, stammt. Sicherlich werden, wie bei der Stinnes-Affäre die kleine Stenotypistin das erste Opfer gewesen ist, nur kleine untere Beamte ver-

dächtig und bestraft werden. — Die Kriesschieber und Betrüger sind ja die besten Stützen des Staates. Sie werden dieses Panama der deutschen Republik in „Ehren und mit Gewinn“ überstehen.

## 121 Tote aus den Trümmern des Madrider Theaters geborgen

II. Paris, 1. Septemb. Wie aus Madrid g.: Die wird, wurden am Mittwoch die Feuerwehrleute abgelöst, die seit Sonntagabend ununterbrochen mit den Aufräumungsarbeiten in den Ruinen des niedergebrannten Theaters beschäftigt waren. In den oberen Rängen des Theaters und unter den Trümmern sollen noch immer zahlreiche Leichen liegen. Bis jetzt wurden 120 Leichen geborgen und 400 Verletzte festgestellt.

## Santau in Flammen

II. Berlin, 26. September. Wie ein Berliner Abendblatt aus Santau meldet, brach in einem Spielhaus der Eingeborenenstadt eine Feuersbrunst aus, die sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete und 2000 Häuser und Buden einäscherte. Eine der Hauptverkehrsadern wurde zerstört. Sieben Leichen wurden bereits geborgen. Man befürchtet, daß zahlreiche andere Personen auf der Flucht aus dem Feuermeer in den Teichen ertrunken sind. 7000 Personen sind obdachlos.

## Vom Tage

Die Manöver in Schlessien wurden gestern beendet. Hindenburg ist, nachdem seine Regisseure in Görlich noch eine große Demonstration veranstalteten, nach Berlin zurückgekehrt.

Der Beginn der nächsten Ratstagung des Völkerbundes ist auf den 10. Dezember 1928 festgesetzt worden.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung gegen den Stahlhelm, in der eine Überprüfung des Verhältnisses zum Stahlhelm angekündigt wird.

Das schwedische Kabinett ist zurückgetreten.

## Die Fällcher schweigen!

Die SPD-Presse mag die Fällchungen des Aufrufes des Parteivorstandes nicht mehr zu bekräftigen.

In unserer Montagnummer haben wir den Aufruf des SPD-Parteivorstandes gegen das Volksbegehren als gemeinsames Fällchstück angeprangert. Wir haben nachgewiesen, daß im Aufruf sowohl die Sitte aus Lenins Haager Thesen als auch aus der SPD-Prochüre für die Frauen und der Rede der Genossin Clara Zetkin abstrichlich aus dem Zusammenhang gerissen, verdreht und gefälscht sind. Drei Tage sind vergangen und — die SPD-Presse schweigt auf unsere Feststellungen. Sie hätte ja versuchen können, wenigstens zu stammeln, aber die Fällchungen sind so kläglich, so offensichtlich, daß die sozialdemokratischen Blätter es vorziehen, zu schweigen und damit das Verbrechen der bewußten Fällchung eingestehen. Die Antwort der Arbeiter, speziell der sozialdemokratischen und proletarischen Mitglieder und Anhänger muß sein: Gemeinjam mit den Kommunisten für Volksbegehren und gegen Imperialismus!

## Breslauer Holzarbeiter-Jugend für Volksentscheid

Die Breslauer Holzarbeiter-Jugendsektion nahm folgende Entschlieung einstimmig an:

Der am 21. September 1928 tagende Gruppenabend der Holzarbeiterjugend betrachtet es als eine Ehrensache, sich am Volksentscheid gegen Panzerkreuzerban zu beteiligen. Die Holzarbeiterjugend hofft, daß alle Jugendorganisationen, die als proletarisch gelten wollen, gegen die Rüstungspolitik und für den Frieden zusammengehen werden.

Bravo! Wir hoffen, daß das Vorgehen der jungen Holzarbeiter auch andere Jugendorganisationen veranlaßt, ein Gleiches zu tun.

## Von den Lohnkämpfern

Salz: Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hat gestern beschlossen, den Schiedspruch über den Manteltarif und den Lohnschiedspruch anzunehmen, dagegen den Schiedspruch über die Arbeitszeit abzulehnen. Der Reichsarbeitsminister hat zu Nachverhandlungen eingeladen.

Köln: Die Verhandlungen in der Ausperrung in der Dürener Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen. Die weiteren Verhandlungen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt.

Berlin: Der Streik der Berliner U-Bahn-Bauarbeiter hat eine bedeutende Erweiterung erfahren: Die Belegschaft der Firma Siemens-Bau-Union, Baustelle Frankfurter Allee, hat sich dem Streik angeschlossen. Die Belegschaft ist ungefähr 400 Mann stark.

## Eine deutschnationale Aktion

### Gemeinjam mit dem Stahlhelm für die reaktionäre Verfassungsreform

Am Montagabend fand eine gemeinsame Kundgebung des Stahlhelms und der Deutschnationalen in der Hofenstraße statt, in der der Graf Westarp das Hauptreferat hielt. Der Kundgebung schloß sich eine „Stahlhelm-Volkshochschule“ an, in der eine „Volksbewegung gegen das sozialistisch-internationale Parteiystem des 9. November“ gefordert wird. Für diesen Zweck soll ein Volksbegehren für reaktionäre Verfassungsreform eingeleitet werden.

Eine Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle weist auf die letzte deutschnationale Wahlparole „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ hin und erklärt, daß sich die Deutschnationalen dem in der Kundgebung des Stahlhelms geforderten Volksbegehren anschließen werden.

Für die Deutschnationalen handelt es sich um die politische Bemühung, die furchtbare Wahlniederlage vom 20. Mai und die verheerenden Folgen der Spaltungsauseinandersetzungen zwischen Eugen-berg und Lambach durch diese Aktion auszuweichen.

## Kein Zweifel mehr am Amundsens Tod

II. Paris, 26. September. Am Mittwochvormittag traf in Paris die Kiste mit dem am 1. September bei der Insel Fugloe von Fischern aufgefundenen Schwimmer des Flugzeuges „Latham“ ein, mit dem Amundsen, Guilbaud und deren Begleiter den Tod gefunden haben. Der Schwimmer ist zwar beschädigt, der Fachmannspruch weist jedoch nicht die geringsten Kratzer auf. Man nimmt an, daß das Flugzeug nicht auf dem Packeis gelandet, sondern über offenem Meere abgestürzt ist. Auch in französischen Luftfahrtkreisen ist man nun der Ueberzeugung, daß endgültig mit dem Tode der Besatzung der „Latham“ zu rechnen ist.

## Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt

Auf der Straße Paris-Berlin mußte das Großflugzeug „Deutschland“ in der Nähe von Arnberg notlanden. Die Maschine geriet in Brand. Das Flugzeug brannte vollkommen aus. Fahrgäste und Personal konnten sich retten.

# Es werden immer neue Komitees für das Volksbegehren gegründet

## Sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbanner mit uns in der Front!

In Bötting wurde ein Komitee gebildet, dem u. a. angehören: SPD, KPD, Freie Sportvereine, Freie Schulgesellschaft, christlich-sozialistische Reichspartei, Freidenker, NSD, Bund für Sozialreform. In Oberhausen schlossen sich dem Komitee an: Gemeinde- und Staatsarbeiter, Verkehrsarbeiter, NSD, Gewerkschaften, Freidenker. Der Zimmererverband in Frey und Stelle wählten Delegierte in das Komitee; desgleichen der Vorstand des Mietervereins Groß-Buch.

In der „Kampfgemeinschaft Völk“, Pommern, sind offiziell sozialdemokratische und Reichsbanner-Arbeiter vertreten. Die Kampfgemeinschaft veranstaltete eine öffentliche Versammlung, die sich einhellig für die Einzelkündigung zum Volksbegehren aussprach.

Die Bezirksversammlung Dresden des Arbeiterschützenbundes sprach sich gegen nur wenige Stimmen für die Unterstützung des Volksbegehrens aus.

Eine Veranstaltung des KPD in Meuselbach, Thüringer Wald, an der zahlreiche sozialdemokratische und parteilose Arbeiter teilnahmen, nahm gegen nur zwei Stimmen eine Resolution für den Volksentscheid an.

In einer von circa 1000 Einwohnern besuchten Versammlung der Gemeinde Ruhla wurde mit allen gegen nur zwei Stimmen eine Resolution angenommen, die verlangt, daß die Millionen nicht für den Panzerkreuzer, sondern für Wohnungsbau verwendet werden sollen.

Für den Volksentscheid sprachen sich einstimmig aus: die Mitgliederversammlung der Freidenker in Jallena u. Sa., eine Konferenz von 120 Vertretern der Saargänger im Elstertal in der Weichsel, eine Mitgliederversammlung der Freidenker in Brotterode, eine sozialpolitische Konferenz, besetzt von 21 Organisationen und Korporationen, die am Sonntag in Erfurt tagte; eine gemeinsame Sitzung proletarischer Organisationen in Neumarkt in der Oberpfalz, die Jahreshalle der Freidenker, der Arbeiterschützenbund in Solingen, eine Versammlung des Volkschors Widdert, das Ortskartell Epyhra, einschließlich sozialdemokratischer Vertreter.

In Hölzheid waren am Sonntag Vertreter von zwölf proletarischen Organisationen zusammengekommen und bildeten ein Komitee zur Durchführung des Volksentscheids, ferner Vertreter proletarischer Organisationen in Ohligs.

Das Parteibüro des Zentralkomitees der SPD hat in seiner entscheidenden Sitzung einen Aufruf für das Volksbegehren gegen Panzerkreuzer an die Werktätigen von Leipzig. Dem Komitee gehören u. a. an: SPD, KPD, NSD, Verband der Maler, Arbeiter-Sperantato-Gruppe Leipzig, Einheitskomitee für Aufstand-Delegationen, Radfahrerverein „Solidarität“, Leipzig-West, Freidenkerjugend Orts- Leipzig.

Berliner Automobilfabrik als seine Geldgeber und Nutznieher. Der Rechtsanwalt Winderz nennt den früheren Polizeipräsidenten Barth, den Mitregierungsbesitzer von Löwenfeld. Als er den Namen eines früheren Reichslandtags (1) nennen will, wird ihm vom Vorsitzenden das Wort abgegeschnitten. Im Verlaufe des Prozesses werden neben einer Reihe anderer prominenter Persönlichkeiten aus Industrie und Bankwelt auch die Namen von W o s t i g und F r e d m a n n, dem Generaldirektor der Nord-Deutsche, genannt. Der Prozeß beweist immer mehr, wie neben Bergmann ausschließlich Mitglieder der Bourgeoisie an seinen Schwindelbetrieben beteiligt waren und deshalb auch auf die Anklagebank gehören.

## Schlachter Runke ist Sozialdemokrat

### Unbillig hat das auch die SPD-Presse festgehalten.

Der berühmte Schlachter Runke hat im Auftrage Wiffells den schäblich-thüringischen Webern einen tollen Schiedspruch diktiert, der nicht nur keine Arbeitszeitverkürzung bringt, sondern auch noch die Rechte der Betriebsräte erheblich beschneidet. Bisher schrieb die SPD-Presse von diesem Schlachter als von einem „Herrn Runke“. Jetzt endlich hat die SPD-Presse festgestellt, daß Runke Sozialdemokrat ist. Das Weizener SPD-Blatt schreibt:

„Wir haben festgestellt, daß der Schlachter Runke Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist. Wir betrachten es als eine dringliche Pflicht der zuständigen Parteinstanzen, sich mit diesem Fall zu befassen und die Gesamtpartei in gehöriger Weise zu entlasten.“ Dazu schreibt das sozialdemokratische „Sächsisch-Bolesblatt“ in Jwidaun unterm 24. September:

„Was dieser Herr, der außer dem Schandschiedspruch gegen die Weber schon mehrmals von sich reden machte, in unserer Partei will, ist uns ein Rätsel. Hier kann es nur eins geben: Hinaus mit ihm!“

Die „linken“ SPD-Blätter fordern den Ausschluß, weil sie genau wissen, daß Runke nicht ausgeschlossen wird. Der „linke“ Bezirksvorsitzende K ü n s t l e r -Berlin, der den Ausschlußantrag stellen müßte, wird sich schwer hüten. Zudem führte Runke nur die Besetzung Wiffells und die Linie des Hamburger Gewerkschaftskongresses durch (Wirtschaftsdemokratie gleich Abbau der Rechte der Betriebsräte). Runke wird Mitglied der SPD bleiben. Aber es ist gut, daß die Arbeiterklasse weiß: Runke ist Sozialdemokrat!

## Bürgerliches Urteil über den Friedenswillen der Sowjetunion

„Wenn die Welt noch einige Zeit Frieden haben wird, so dankt sie es dem Tatbestande, daß es noch ein Sowjetrußland gibt.“ Eine treffende Widerlegung der sozialdemokratischen Verleumdungen in der „Weltbühne“

Die bekannte bürgerliche Zeitschrift, die „Weltbühne“ vom 25. 9., bringt in einem Artikel „Rußland und der Friede“ folgende bemerkenswerten Ausführungen:

Wenn man sich aber damit damit Hintertreppen aufmachen will, um vom „roten“ Imperialismus zu sprechen, so kann nicht scharf genug gegen eine derartige Unterstellung protestiert werden. Der Imperialismus ist eine bestimmte historische Etappe der kapitalistischen Produktionsweise und ist mit ihr in dieser Epoche so untrennbar verbunden, wie der Kapitalismus mit Profit verbunden ist; so natürlich verbunden, wie zum kapitalistischen System die Expansion gehört. Im Sozialismus dagegen ist eine Expansion nicht notwendig; die sozialistische Produktionsweise muß nicht den Abzug auf fremden Märkten suchen, da in ihr eine Steigerung der Pro-

duktivität zusammengeht mit einer Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse. Ein „roter“ Imperialismus ist daher ein Un-Sinn. Entweder ist Sowjetrußland nicht rot, dann gibt es den gewöhnlichen Imperialismus, oder es ist rot, dann kann es keinen Imperialismus geben. Ausschlag der John-Johns-Fehler der Sowjetrepublik wurde von mancher Seite betont, bei prinzipieller Ablehnung des Sowjetismus als solchem habe es doch bemerkenswerte, durchaus zu beachtende Auswirkungen auf Westeuropa; denn wenn dieses noch nicht völlig vom Sozialismus beherrscht ist, wenn sich dort noch demokratische Reste gehalten haben, so ist dies dem Bestand Sowjetrußlands zu danken.“

## Kleine Nachrichten

Die Ehefrau angezündet. Ul. Paris, 26. September. In Planty steckte ein Mann nach einem Streit mit seiner Ehefrau eine Zeitung in Brand und schob die Frau unter die Asche. Die Unglückliche fand sofort in heißen Flammen. Sie wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht, während der Mann die Flucht ergriff.

8000 Tote bei den letzten Kämpfen in China. Ul. London, 26. September. Wie aus Hankow gemeldet wird, gibt General Wei Tschung, der Befehlshaber der Hanlinger Truppen, die Verluste der Schantung-Armee in den letzten Kämpfen mit 8000 Toten und 5000 Verwundeten und Gefangenen an. Das Rote Kreuz ist dringend erlucht worden, Arzneimittel und Werkzeuge zu senden.

1000 Renniere ertrunken. Ul. Ostia, 26. September. Wie üblich, waren auch in diesem Jahre etwa 2000 Renniere auf der Magera-Inseln auf Sommerweide gewesen. Jetzt sollte die Herde schwimmend zum Festlande zurückkehren. Dabei wurden etwa 1000 Renniere durch die starke Strömung ins Meer hinausgetrieben und ertrunken.

Großfeuer in Warschau-Praga. Ul. Warschau, 27. September. In der Warschauer Vorstadt Praga brannte in der vergangenen Nacht ein großes Mühlenwerk vollständig nieder. Alle Warschauer Feuerwehren waren an der Brandstelle tätig, um ein Uebergreifen der Flammen auf das benachbarte Arbeiterwohnviertel zu verhindern, was nach mehrstündiger Tätigkeit auch gelang. Es verbrannten u. a. auch 15 Waggons Getreide.

Ras Tafari soll zum König ausgerufen werden. Ul. London, 27. September. Wie aus Addis Abeba gemeldet wird, soll der Regent Ras Tafari demnächst zum König ausgerufen werden.

Zyklonkugeln in Stadt Cordoba. Ul. London, 28. September. Nach einer Meldung aus Buenos-Aires hat ein Zyklon im Staat Cordoba große Verwüstungen angerichtet. Ueber 30 Häuser sind zerstört worden. Mehrere Einzelhaken fehlen noch.

## Aus der Partei

Das Parteibüro des Zentralkomitees der SPD hat in seiner Sitzung vom 25. September beschlossen, den Ausglick des früheren Sekretärs der Hamburger Organisation B i t t a r f, wegen Unterschlagung von Parteigeldern, durch die Bezirksleitung Wasserlande zu bestätigen. Eine Untersuchung dieser Angelegenheit durch eine vom ZK. eingesetzte Kommission hat ergeben, daß andere Genossen an der Unterschlagung nicht beteiligt sind.

Inwieweit Verhörungen anderer Hamburger Funktionäre durch nicht rechtzeitige Aufhebung der Unterschlagungen vorliegen, wird durch eine vom Zentralkomitee geführte Untersuchung festgestellt werden. Zentralkomitee der SPD.

## Unseren Kolporteursen

sind in den letzten Tagen die Konto-Auszüge für Abonnenten und Wochenausgabe zugegangen. Wir ersuchen um Nachprüfung und bei Unstimmigkeiten um sofortige Mitteilung. Ebenfalls machen wir wiederholt darauf aufmerksam, uns alle kassierten Gelder wöchentlich zu überweisen und die Monatsabrechnung pünktlich vorzunehmen. DER VERLAG.

## Erotik und Spionage in der Etappe Gent

in der Etappe Gent Von Heinrich Wandt (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

### Die Spionitis grassiert

Noch halbtigen die Genter ihrem angeborenen Optimismus, den das größte Blatt der Stadt emsig nährt, an dessen Spitze noch am 16. August, da sie schon zehn Tage in deutschem Besitz sind, die fetten Schlagzeile zu lesen steht: „Die Forts von Lüttich halten sich immer noch!“

Aber schon am Mittag des 9. August wird auf den Terrassen der Bierhäuser und Cafés am Koornmarkt und an der Zuid-Station das dumpfe Geräusch kolportiert, daß das Gegenteil der Fall ist. Und schon stellen sich die ersten Fühlhänge aus der neu den Gemütschichten Truppen eingewonnenen großen belgischen Festungsstadt an der Maas ein und verschaffen der niederstimmenden wahren Nachricht Windesflügel.

Es folgten die Tage, an denen das Gemüt der Genterleute bald Himmelhoch jauchzend und bald zu Tode betrübt ist:

„Die Franzosen haben Lüttich besetzt und sind im ganzen Elsaß im schnellen Vorwärtsschritt!“

„Der Kronprinz, den es nach einem fröhlich-trüblichen Kriege gelüftet, ist erwordet!“

„Der Kaiser hat die 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten fesseln lassen, weil sie die Kriegskredite verweigerten!“

„Großer Sieg bei Lüttich: die vereinigten belgischen und französischen Truppen haben die Deutschen vernichtend geschlagen und über die Grenze zurückgeworfen!“

Sechs Infanterie-Kompanien der Genter Bürgerwehr rücken unter Hurraufen nach Brüssel ab, heißt es doch, daß diese wackeren Fetzwerke die offene Landeshauptstadt vor den zu Tausenden umherirrenden Schandflüchtlingen schützen sollen.

Der Artillerie der Bürgerwehr, die gleichfalls zum Verlassen kommt, wird die weniger rühmliche Aufgabe zugewiesen, den in den iden Kampfen gelegenen Truppenübungsplatz Berzerloo in Obhut zu nehmen.

Das Verfehllichen und Verwundeten der selbst über den Löffel barbierten Genter Presse wird immer zweifacher.

Sonne mehr Verwundete und Verblümmte werden nach der

Stadt hereingebracht, und schon ist das Militärhospital, die Bijloke und das bereits voll in Anspruch genommene Glandria-Palace-Hotel so von ihnen überfüllt, daß das Institut Herkloove in der Kollepelstraat als ein neues Lazarett aufgemacht werden muß.

In immer größerem Maße fluten Massen von flüchtigen Männern, Frauen und Kindern, die vom vorrückenden Feind nicht als „Franktireuren“ verdächtigt und massakriert werden wollen, nach Gent herein. Man sieht ihnen an, daß sie vom wildesten Schrecken gepeinigt sind, und die Erzählungen über die Greuelthaten, deren Augenzeugen sie gewesen sein wollen, lassen dem Zuhörer das Blut zu Eis gerinnen.

Ganze Orte sind nach diesen Berichten erbarmungslos in Brand gefeiert und Hunderte von friedlichen und unschuldigen Zivilisten, Männern, Frauen und Kindern, an die Wand gestellt worden.

Die Bestie Militarismus feiert ihre schrecklichsten Orgien.

Die armen flüchtigen Menschen, die vor ausgehenden Entsetzen oft dem Wahnsinn nahe sind, haben meist nicht einmal das Allernotwendigste bei sich und sind ganz auf die Hilfsbereitschaft ihrer familiären Landelente angewiesen, denen dieses fürchtbarste aller Leide noch nicht blüht, aber — wie sie jetzt zu ahnen beginnen — noch blühen kann.

Eine Reihe von rasch gebildeten Komitees ist tätig, um den Unglücklichen, die nicht in den von der Stadt, z. B. im Ausstellungspalast, schnelligst geschaffenen großen Massenquartieren untergebracht werden können, ein Obdach in Bürgerhäusern ausfindig zu machen.

Es erweist sich, daß die Arbeiterklasse und der kleine Mittelstand den von Hans und Hof Betrieben ein viel wärmeres Mitgefühl und eine bedeutend größere Opferwilligkeit entgegenbringen als der Adel und die geldtröpfende Bourgeoisie, die über geräumige Paläste in der Stadt und herrliche Sommerchlösser vor den Toren Gents verfügen.

Schon ist ganz Gent von Flüchtlingen überschwemmt, und noch immer branden neue Fluten solcher Unglücklicher in die Stadt, die zum Teil aus der Gegend von Kerfhot, Thienen und Löwen stammen.

Gegen ihre Erzählungen, die deutlich erkennen lassen, was die Deutschen bereits in den Vortagen taten, ist die militärische Zensur machtlos, der seit dem 16. August die belgische Presse unterworfen ist und die der sozialdemokratische „Vorwärt“ eine russische Walfur nennt.

Die Nachrichten, die die Zeitungen nun noch bringen dürfen, werden mit der größten Skepsis aufgenommen.

„Die russische Armee ist auf dem Wege nach Berlin!“

„Japan hat Deutschland den Krieg erklärt!“

„Italien ermächtigt England und Frankreich zu operativen

„2 200 000 Franzosen und Belgier stehen den 1 500 000 Deutschen auf dem westlichen Kriegsschauplatz gegenüber!“

Kein Sa glaubt mehr daran, daß man um Brüssel herum nur deshalb mit so fieberhafter Eile Schützengräben aushob, um die Landeshauptstadt vor den Versprengten des bei Lüttich geschlagenen deutschen Heeres zu schützen und deren Gefangennahme leichter zu ermöglichen.

„Les forts tiennent toujours, hein?“ \*) rufen sich die Bürger auf den Straßen spottlachend zu und eilen in das nächste Gasthaus, um sich den Kerger mit einem Geneber oder einem anderen landesüblichen „goeden drubbelke“ \*\*) hinunterzulassen.

Jedermann ahnt, daß mit jeder Stunde die Gefahr sich vergrößert, daß auch Flandern, das von jeher das Schlachtfeld Europas ist, zum Kriegsgebiet wird, und am Morgen des 17. August walt, fahrten Jehntaufende von frommen Genterleuten zu Unserer Lieben Frau von Dostaller-Lourdes hinaus, um für den Sieg der alltesten Waffen und einen schnellen Frieden zu beten.

Die folgenden beiden Bekanntmachungen, die öffentlich angeschlagen und auch von der lokalen Presse wiedergegeben werden, erhellen blitzartig die wahre Lage.

### „Bekanntmachung“

Gemäß der Verfügung des Herrn Ministers des Innern bringe ich das folgende zur Kenntnis meiner Mitbürger:

Falls der Feind die Stadt betritt: Nicht schießen! Weder Beschlagnahmen, noch Drohungen ausprechen! Sich innerhalb der Häuser halten und die Fenster schließen!

Verteidigen sich Soldaten in einem Hause, so muß dieses sofort von den Bürgern verlassen werden, damit der Feind nicht behaupten kann, daß sie auf ihn geschossen haben.

Ein Bürger, der auf den Feind schießt, begeht ein ruchloses Verbrechen, durch das er seine liebsten Familienangehörigen und seine Mitbürger, Männer, Frauen und Kinder, dem blutigen Verderben aussetzt.

Gent, den 17. August 1914.

V r a u n, Bürgermeister.“

(Fortsetzung folgt.)

\*) „Die Forts halten sich noch immer, was?“ (Gemeint sind die von Lüttich.)

\*\*) „Guten Tropfen.“

Scramantlich: für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Gewerkschaften“ und „Berichte im Kampf“ und „Waldenburg“ Alfred Thomas, für „Beckler“, „Mittels“, und die übrigen Belaggen Schenckh, Bolla, Schmitt in Berlin. Für den oberflächlichen Teil Theodor Keller, Gietow. — Für Inserate Dr. Becker-Berlin

# Waldenburger Bergland

## Der Gottesberger Reichsbanner-Custos aus der Irrenanstalt entlassen!

Sein Werk: Zerstückelung des Ausschließens der „Arbeiter-Zeitung“

In Gottesberg ist schon zweimal der Schaulaff der „Arbeiter-Zeitung“ geöffnet und seines Inhalts beraubt worden. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde die Zeitung wiederum herausgerissen und untenstehendes Schreiben hineingehängt. Dann wurde der Kasten mit einem mitgebrachten Schloß zugeschlossen. Das Schreiben lautet:

Da die Zeitung wieder rausgehängt ist, sagen wir, was du für einer bist. Der hiesige Rot-Frontkämpferbund, besteht hier nur aus zehn Mann rund. Sechs Mann sind bei der Lützenbläser-Schar, die ändern vier stehen vor der Fahne da. Vormittags bei dem Blatkoncert da wird gesammelt festweg für den 1. Panzerkreuzer.

Jetzt kommt noch der Volksentscheid, der Kreuzer der steht schon bereit für die Kommunisten da, da gibts ein Gallotria. Den Kreuzer die Kommunisten schufen, aber zu dem Arbeiter sie rufen: „Weg mit dieser Panzerkreuzerei, Geht Geld für Kinderbespelsung und andere. Guts beschämten Messerhelden solln sich ja nicht bei und melden, sonst gehts ihnen schlecht, unfra Schnide die ist echt. Bei euch blöden Kommunisten ist es Zeit, mal auszumisten. Guer Dreck stinkt schon gar sehr, wir wünschtn, es wär noch mehr.“

Vell Mostau  
(Der Custos)

Zur Bemerkung folgendes: Das Original ist geschrieben von einem aus der Irrenanstalt entlassenen Reichsbannermann. Derselbe ist erkannt. Da wir aber keinen Staatsanwalt brauchen, werden wir bei passender Gelegenheit selbst das Urteil über ihn sprechen. Daß nur ein von Kindheit an nicht ganz normaler Mensch diesen Mist geschrieben haben kann, muß jeder zugeben, der dieses Geschreibsel gelesen hat. Bedauerlich ist nur, daß die Irrenanstalt solche Leute entläßt. Diese Irren eignen sich gut als Fahnenträger beim Hindenburg-Empfang. Allerdings hat das Reichsbanner beim Hindenburg-Empfang nur den Fahnenträger und einen ganzen Mann aufgebracht. Nun eine Frage an die Arbeiter, die noch dem Reichsbanner angehören: Sind sie mit dem Tun ihrer ertönnigen „Kameraden“ einverstanden?

### Groß-Waldenburg

#### Schikanierung der Bergarbeiter Es gibt keinen Urlaub!

Schlimmer als im Zuchthaus werden jetzt die Bergarbeiter im Betriebe behandelt. Die Pumpen werden bei ihrer Arbeit dauernd angetrieben, obwohl es meistens Gedingeschusterei ist und diese so gelehrt ist, daß dabei nicht mehr der Lohn verdient wird. Wenn sich ein Arbeiter einmal überarbeitet hat, was bei dem Antreiben leicht möglich ist, und sich einen Tag Urlaub nehmen will, wird ihm der Urlaub verweigert und eine „Bummelschicht“ aufgeschrieben. Für jede „Bummelschicht“ wird von den Ferien je ein Tag abgezogen, was für die Arbeiter eine harte Strafe ist. Bis zum Jahre 1918 gab es für diese „Bummelschichten“ 0,50 Mark Strafe, und seitdem die Ferien bestehen, werden diese von den Ferien abgezogen. Und das heißt, daß ein Arbeiter, der wirklich einmal krank ist oder einen anderen Grund hat, sich erstens schon den weiten

Grubenweg macht und dann noch Stundenlang auf den Steiger wartet. Auf sein Ersuchen um Urlaub wird er nur angebrüllt und bekommt trotzdem eine Bummelschicht geschrieben. So wurde am Sonntagabend einem jungen Arbeiter der 7. Abteilung des Julius-Schacht es gesagt: „Sonntags gibt es keinen Urlaub, nur Bummelschichten werden da geschrieben.“ Das bedeutet eine Schikanierung der Bergarbeiter, die schnellstens abgestellt werden muß.

#### Jungarbeiter von Altwasser!

Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Gründungsversammlung der Roten Jungfront. Erscheint zahlreich! Die KJB-Kameraden haben restlos zu erscheinen. Anschließend Kameradschaftsabend.

Achtung! Sonntagabend 18 Uhr im „Eisernen Kreuz“ in Waldenburg kombinierte Mitgliederversammlung, woran sämtliche Parteigenossen von Altwasser teilnehmen müssen.

Wesentliche Bergarbeiterversammlung in Weisklein Sonntagabend früh 9 Uhr und nachmittags 15 Uhr im „Deutschen Hause“.

#### Stiftungsfeier des KJB. Hausdorf

Sonntag, den 30. September, begeht der hiesige KJB. sein zweites Stiftungsfeier. Wir ersuchen die Kameraden und Genossinnen um zahlreichste Beteiligung. — Programm: Von 13 bis 14 Uhr Blatkoncert der Schalmelkapelle Gottesberg in Wärsdorf, Gasthof „Zur Trompete“. 14,30 Uhr Abmarsch nach Hausdorf in den Gasthof „Zur guten Laune“, daselbst Gartenkonzert, Preisschießen usw. Von 17,30 Uhr ab Tanz. 20 Uhr Theater. Gespielt wird „Rebellenkinder“. Die auswärtigen Kameraden und Genossinnen ersuchen wir, sich um 13 Uhr in Wärsdorf zum Blatkoncert einzufinden, um dann gemeinschaftlich nach Hausdorf abmarschieren zu können. Werktätige heraus! Unterstützt die Kleinen, aber aktive Ortsgruppe!

#### Um die Straßenpflasterung in Charvittenbrunn

Die Gemeindevertretung hat sich in letzter Zeit zweimal mit der Straßenpflasterung beschäftigt. In der vorletzten Sitzung erklärte die SPD., daß sie für die Pflasterung sei, und die Arbeiter bereit wären, die höheren Steuerzuschläge zu zahlen. Der kommunistische Vertreter erklärte, daß die Autos die Straßen kaputt-fahren, das Reich aber die Autos nicht einzieht, woraus sich ergebe, daß das Reich verpflichtet ist, die Straßen in Ordnung zu halten. Es wurde eine Kommission gewählt, der auch Genosse Wose angehört. Die Kommission sollte mit den maßgebenden Stellen verhandeln. Die Verhandlung ist aber im Sande verlaufen. Sollte das Projekt trotzdem zur Durchführung kommen, so würde der Gemeinde eine Schuldlast von 90 000 bis 120 000 Mark auferlegt werden. Die letzte Sitzung beschäftigte sich nun wieder mit dem Problem. Jetzt legten die bürgerlichen Vertreter „schärfsten Protest“ ein. Herr Wiedemann erklärte, er gebe zu, daß die Autos die Straßen kaputt-fahren, dafür muß er aber 2 Mark täglich an das Reich zahlen, er sieht es nicht ein, warum er zweimal Steuern zahlen soll, um die Straße in Ordnung zu halten; ebenso ergeht es den Fuhrwerksbesitzern. Nach erregter Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Wir erkennen die Notwendigkeit der Instandsetzung der durch unseren Ort führenden Provinzialchauffee an, sind aber nicht in der Lage, den geforderten Zuschuß zu tragen. In Anbetracht der außerordentlichen Geldschwierigkeiten wäre an eine billigere Lösung des Projektes durch Anlegung einer guten Leerdstraße zu denken.“

Wenn eine Waffentragung trotzdem ins Auge gefaßt sein, sind wir bereit, mit Kreis und Provinz zu verhandeln.“

Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der SPD. angenommen. Zur Belastung der Arbeiter und Kleinen Gewerbetreibenden waren sie bereit, aber gegen ihre Genossen in den leitenden Einheitsbetrieben sind sie nicht zu haben. Am Schluß brachte unser Genosse die Anträge gegen den Panzerkreuzerbau und für das Volksbegehren ein. Auch hier war es die SPD., vor allem der Betriebsrat und Vorzeilandredner Reimann, der dagegen witterte. Sie bekamen zwar von unseren Genossen ihre Unterstützung, die Anträge wurden jedoch abgelehnt.

#### Striegau

Alle Parteigenossen, KJB-Kameraden, KJB-Mitglieder sowie alle für den Volksentscheid Sympathisierenden werden ersucht, sich am Sonntagabend 17 Uhr an der „Bierquelle“ zu treffen und samstags zur Demonstration gegen Panzerkreuzer, für Volksentscheid.

**Wer A sagt, muß auch B, C und D sagen. — Dem Panzerkreuzer A werden weitere folgen. Wer A gegen den Militarismus sagt, muß wissen, daß auch das B gesagt wird — der Sieg des Volksbegehrens. Deshalb zeichnet! auf die Sammelisten!**

#### Bolkshain

Der Arbeiter-Operantobund veranstaltet am Sonntagabend um 18,30 Uhr im Gasthof „Ordnung Baum“ einen Werbeabend, verbunden mit Ausstellung. Die Ausstellung ist von 15 Uhr ab geöffnet. Abends findet ein gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Die Gruppe des Arbeiter-Operantobundes bittet die Bolkshainer Arbeiterschaft um regen Besuch und fordert alle interessierten Arbeiter auf, die Beihilfsprache Esperanto zu erlernen.

#### Wüstegiersdorf

Heute Donnerstag 19,30 Uhr in der „Sonne“ öffentliche Versammlung. Thema: „Gegen Panzerkreuzer — für Volksentscheid.“

Achtung! Freitag 19,30 Uhr in der „Sonne“ kombinierte Mitgliederversammlung von KJB., KJB., KJB., KJB. und KJB. Erscheinen aller ist Pflicht.

#### Landeshut

Der Selbstmörder in Schuchhast. In Altsendorf warf sich ein in den 40er Jahren stehender Mann vor die Lokomotive der Ziebertalbahn, doch konnte er noch rechtzeitig entfernt werden. Einige Minuten später warf sich der Bergwerksknecht wiederum auf den Bahndörper, doch konnte er wieder weggerissen werden. Der Mann wurde schließlich in Schuchhast genommen.

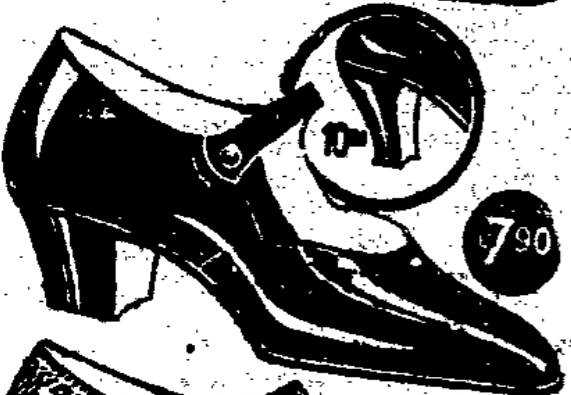
Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

# Nächsten Sonntag aufs Land!

10 extra billige Tage vom 27. September bis 8. Oktober



Spangenschuh, gefällig gearbeitet 5,90  
Brauner Spangenschuh mit Laufabsatz 8,90  
Echt Boxkalf-Trotteur-Spangenschuh 9,80



Lackspangenschuh, gefälliges Modell, 7,90  
Blockabsatz 7,90  
Lackspangenschuh in aparten Ausführungen, mit Block- oder L. XV.-Absatz 10,90 9,80



Modespangenschuh, Haselnuß mit Zierstepperei, Laufabsatz 11,90  
Modespangenschuhe in apart. Ausführungen, H. L. XV.- oder Trotteur-Absatz 11,90

# Schuh & Strumpf

Liwera-Strümpfe und Herrensocken in neuen Farben und Mustern, besonders preiswert

Make-Finish-Strumpf . . . . . 95 Pf.  
Unterleibstrumpf, reine Wolle . . . . . 1,75  
Waschweider Damenstrumpf dergleichen, extra feinmaschig . . . . . 2,95  
Damenstrumpf „Spezial“, pr. Bembergseide 3,95  
„ „ „Pracht“, Seide mit Wolle 3,95  
„ „ „Fantasie“, Seide mit Flor 3,95  
Für Herren bewährte Gebrauchsocken 1,45  
Wollsocken mit Seide, viele Dessins . . . . . 1,85

**Tack & Cie. A.-G. Breslau**

10 extra billige Tage vom 27. September bis 8. Oktober

Herren-Halbschuh, Rindbox, gute Verarbeitung . . . 7,90  
Herren-Halbschuh in braun oder in Lack . . . 11,90  
Herren-Halbschuh, br. Rindbox mit Crépegummi . . . 12,90



Solid Herrenstiefel, schwarz Rindbox 8,90  
Herrenstiefel, Orig.-Good-W. 12,50  
Braune Herrenstiefel, Original-Good-W. 14,50, 12,50 weiß gedoppelt 12,50



Verkaufsstellen Conrad Tack & Cie., G. m. b. H. **Breslau**  
Ohlauer Straße 15 Fernsprecher 56 160  
Reuschestraße 48 Fernsprecher 27 420

# Niederschlesien

## Görlitz

### Unterbezirkskonferenz des U. B. Görlitz

Sonntag, den 30. September, vormittags 10 Uhr pünktlich im „Festsaal“. Referent Genosse G. Wolkebet. Alle Ortsgruppen entsenden Vertreter. Wichtige Tagesordnung. U. B. Görlitz der SPD.

### Der Hindenburg-Rummel

Auch unsere Stadt hat „Er“ nun mit seinem Besuch beglückt. Tagelang wurde der Empfang vorbereitet, natürlich auf Kosten der Steuerzahler. Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold in trauriger Gemengelage, ein Schauspiel für Görlitz. Neben Kriegervereinen, Innungen, Jungbo sah man auch das Reichsbanner. Es war wohl ein Genuss, das Staatsoberhaupt mit einem dreifachen Hurra zu begrüßen. Im Rundschreiben Nr. 10 des R. B. heißt es, daß ja nur der Reichspräsident (also nicht der kaiserliche Generalfeldmarschall, D. B.) zu empfangen wäre. Aber, o wehe, der Hindenburg, welcher Görlitz besuchte, war der kaiserliche Generalfeldmarschall in voller Uniform mit dem von Wilhelm dem Dabongelassenen eigenhändig überreichten Reichsapfel. Das war ein böser Reinfall für das Reichsbanner. Viele recht dumme Gesichter konnte man sehen. Niemand ist auf seine Kosten gekommen, „Er“ war vorbei wie der Wind, alles war bitter enttäuscht über die Behandlung des Görlitzer Publikums. Die alten Jungfrauen hat er nicht einmal angelächelt, so eine Gemeinheit. Wie der Oberbürgermeister mit ihm sprach, ist er nicht einmal aus dem Auto gestiegen, das war doch nun gar zu toll, ganz Görlitz war in Aufregung, und dazu wurde alles so schön geschmückt. Der Empfang erinnerte an die Zeit Wilhelms, wo alles noch mit dem Säbel raffeln konnte. Etwas sah man noch davon, die „Ehrenkompanie“ und die Kapelle waren neu eingeleidet (alles für unser Geld! D. B.)

Das Reichsbanner verkündete, 3000 Mann auf die Beine zu bringen, aber es waren noch nicht ganz 1000 mit allem Drum und Dran. Einen geradezu „wunderbaren“ Aufmarsch hatte das Reichsbanner. Seit wann sind denn auch Frauen in dieser Organisation? Ach, was aus der nahen und weiten Umgebung geholt werden konnte, hatte man sich besorgt, etwa 20 Ortsgruppen hatten diese 1000 Männlein, Weiblein und Jungblücker, auf die Beine gebracht. Damit auch Schwarz-Rot-Gold vertreten war, hatte man sich die Fahnen der Gewerkschaften geliehen. Verschiedene „ganz Treue“ ließen beim Aufmarsch Bemerkungen fallen, als sie unsere Genossen sehen sahen. „Sicht aber richtig!“ rief der „Treueste aller Treuen“, der Bannermann Teschner.

Wie bei der Veranstaltung Geld verdient wurde, zeigt folgende Episode. Auf der Berliner Straße stellte ein Mann eine Steigeleiter auf und gegen Bezahlung von 1 Mark konnten mehrere Personen Platz nehmen. Von den Preisen, welche für vermietete Fenster genommen wurden, ist gar nicht zu sprechen. Aber was machen die Geschäfte mit den Teppichen, welche sie an ihren Häusern aufgehängt hatten, werden dieselben wieder verkauft, nachdem sie im Regent draußengehängen haben? Einige Hauswirte machten es sich noch bequem, die Mieter mußten den Häuserpomp mitbezahlen. Die Ausschmückung der Schaufenster wird teilweise ganz besonderen „Geschmack“ auf. Bei Eduard Schulze stand „Er“ inmitten Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold.

Die Görlitzer Einwohnerschaft hat nun wenigstens die Genugtuung, den Generalfeldmarschall von Hindenburg eine halbe Minute lang gesehen zu haben. Wir gratulieren zu dem Erfolg und sagen: „Die Tummen werden nicht alle.“

## Goldberg

Lebensliche Versammlung der SPD. In der am vorigen Sonntagabend von der Partei veranstalteten öffentlichen Volksversammlung war als Referent der Genosse Reichstagsabgeordneter Bogt aus

Berlin erschienen. Vor Beginn der Versammlung wurde ein Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt veranstaltet, bei dem das Mobel eines Panzerkreuzers mitgeführt wurde. Genosse Bogt ging in seinem Referat eingehend auf die Panzerkreuzerfrage und die Nachkriegspolitik der SPD ein. Auch auf die wirtschaftliche Notlage der Goldbergberger Arbeiter kam er ausführlich zu sprechen. Reicher Beifall wurde dem Referenten für seine Ausführungen zuteil. Einige Neuaufnahmen für die Partei konnten gemacht werden.

## Sagan

### Die „Roten Trommler“ kommen

Zu dem am 20. September stattfindenden Pressefest in Grünthal sind auch die „Roten Trommler“ verpflichtet worden. Eingeleitet wird die Veranstaltung durch ein Platzkonzert von 18—10

# Grünberger Auslese

### Kohl, der Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, verhöhnt die Mitglieder.

Die am 20. d. stattgefundene Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes war schlecht besucht. Neben einigen anderen Tagesordnungspunkten gab der Gauleiter Kohl den Bericht vom 13. Gewerkschaftskongress in Hamburg. Ganz entgegen den Tatsachen stellte er die Behauptung auf, daß die Kommunisten und Roten Frontkämpfer mit Messern usw. die Gewerkschaftsjugend überfallen hätten. Er nannte sie „rohes Gesindel“ und noch andere schöne Schimpfnamen brauchte dieser „Ausharbeiter“. Nachdem er die Wirtschaftsdemokratie in den rosigsten Farben geschildert hatte, brachte er seine persönlichen Gefühle zum Ausdruck. Ganz devot kam er sich vor, daß er Zeuge gewesen war, daß drei Minister auf dem Kongress gesprochen und den Gewerkschaften eine bessere Zukunft gewünscht hätten. Ach Gott, die Ehre! Kohl kommt sich schon als halber Minister vor. Die Kollegen werden ja am eigenen Leibe erfahren, welche Segnungen sie durch die Wirtschaftsdemokratie zu erwarten haben. Einer von denen,

die nie alle werden, einer der Unentwegten, der Kollege Beloch, dankte Kohl in warmen Worten für das Referat. Kollegen, lest euch die Beschlüsse des 13. Gewerkschaftskongresses genau durch, dann werdet ihr erkennen, daß nicht die Verhandlungspolitik mit den Kapitalisten zum Sozialismus führt, sondern nur schärfster, rücksichtslosster Klassenkampf. Darum unterstützt die Opposition, tretet ein in die SPD. und lest die „Arbeiter-Zeitung“!

### Am Pranger

Eine Firma, die es verdient, der Öffentlichkeit bekanntgemacht zu werden, ist die Rüstfabrik Siebenhaar vormalig Rübisch am Mühlweg. Die Arbeitszeit für den dort beschäftigten Rutscher dauert von früh 5 Uhr bis abends 10 und 11 Uhr, also fast durchschnitlich 18 Stunden pro Tag. Dafür erhält der Rutscher den fürstlichen Lohn von monatlich 30 Mark bei freier Station. Als Zulage gibt es noch Wappfelsen, wie folgender Vorfall zeigt. Beim Holzaufladen im Walde hatte der Rutscher eine Hebestange stehen lassen. Da er nochmals zur selben Stelle fahren und laden mußte, war dies ja weiter nicht gefährlich, und so ein Holzpfahl ist doch kein Vermögensobjekt. Der eble Chef denkt natürlich anders darüber, denn als er sieht, daß der Rutscher die Stange nicht mithat, unterhält er sich mit dem Rutscher und klopf ihm dabei immer ganz jovial auf die Schulter, um dem vertraulich gewordenen Rutscher plötzlich eine Ohrfeige zu ver setzen, so daß er taumelte. Dieses Verhalten kann nicht genügend verurteilt werden. Zum Hunger auch noch die Peitsche, so will es das Unternehmerpad. Darum ist es notwendig, daß sich die Arbeiterkraft aufrüstet zum Kampf gegen die Ausbeuter. Reicht euch ein in die Reihen der kommunistischen Partei, die den Kampf führt für die Befreiung der Arbeiterkraft. Lest die „Arbeiter-Zeitung“, die die Schandtaten der Ausbeuter anprangert.

Schluss des redaktionellen Teiles.



ist ein Sammeltag für den Volkensentscheid!

## Vereinigte Theater

### Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 22. 9. bis Sonnabend, den 29. 9.

täglich 20 Uhr  
Neuzinsenerung

### Der lebende Leichnam

von Leo Tolstoi

### Thalia-Theater

Von Sonnabend, den 22. 9. bis Sonnabend, den 29. 9.

täglich 20 Uhr  
Zum ersten Male

### Der Prozeß Mary Dugan

von Bernard Shaw

## Schauspielhaus

Operettenbühne

Breslau

Telephon Nr. 3630

Täglich 20 Uhr:

### Prinzessin Ti-Ti-Pa

an n. Rob. Stolz

## Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)

Donnerstag, 20 Uhr

Idis

Freitag, 20 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie H 2

### Der Kreuzritter

Sonnabend, 19 Uhr

Zehn Häuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg

Sonntag, 19,30 Uhr

Garmen

## Zurückgekehrt

Dr. med. Hermann Koltanski  
Frauenarzi

## Gebett Betten

25 und 40 Mark  
rote Inlett, von  
Leihhaus, Oelsner Str. 12

## Bei Wilhelm Vogel

kaufman  
Schuhwaren aller Art  
gut und preiswert

Irtear.-Wilh.-Str. 66 Gräbschener Str. 19/21

## Lanz-Fahrräder

Das Qualitäts-Rad für Sport und Beruf

10 Mk. Anzahlung, 3 Mk. wöch. Abzahlung

Besichtigung meiner Ausstellung erbeten!

Max Adam, Klosterstraße 30 32

Vorwerkstraße 78

Gegründet 1900

## Gerichtlicher Konkurs-Ausverkauf

Züchen / Inlett / Herrenwäsche / Gardinen  
Bettedecken / Stores / Satin / Vorhangstoffe  
Diwanddecken / Tischdecken / Kinder-Schürzen / Kurzwaren **weit unter regulären Preisen gegen sofortige Barzahlung** täglich von 8—1 und 3—7 Uhr in den Räumen des Deutschen Kaufhauses, Bischofstraße 13

J. Budwig, Konkursverwalter

## Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus  
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

## Schöne Vögel

die im Käfig gesund u. sangeslustig bleiben so len, sichert einzig das so bewährte, vielfach preisgekrönte

## Vogelfutter

von

## Theodor Budhall

Zwingerplatz 2

Filiale: Ring, jetzt Elisabethstraße Nr. 5, am Rathaus

Markthalle II, Gartenstrasse

Kaiser-Wilhelm-Strasse 72 an der

Viktoriastrasse

Kaiser-Wilhelm-Str. 175, Kleinburg

## Möbel

Küchen, komplett, 7-tellig  
Schränke, poliert, 2-türig  
Auszeitliche, polierte Stühle  
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer  
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Anlegematratz, u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel  
Bücher- u. Dührig  
Stühle und Möbel / en detail, en gros  
Matthiasstr. 107 u. Weinbergsweg 18/20

## Kaufhaus Goldnes Zepher

Breslau, Klosterstraße 47

Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Wäsche, Strümpfe

Trikotagen — Herren-Artikel

.....

## Infanten

haben in unserer

Zeitung

.....

## Elektrische

Beleuchtungskörper, Heiz- und Koch-Apparate  
Installations-Materialien  
Licht- u. Kraft-Anlagen  
Radio  
Elektro-Montage-Ges.  
m. b. H.  
Görlitz, Berliner Straße 60  
Telephon 145

## Wästermäntel



## Joppen

mit warmem Futter

Herren-Joppen

aller Art

preiswert u. gut

Grüch. Meckele

Reichstags-Str. 76

## Vorverkauf benutzen

Circus, Tel. 51169 und 51521; Verkehrsbüro Barasch, Telephon 52641; Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstr. 60, Tel. 54651 u. 51123  
Vorverkaufswagen: Reichspräsidentenpl. u. Universitätsbrücke  
Marken aller Preisklassen noch reichlich vorhanden

Täglich 7.30 Uhr:

Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr

dabei Kinder halbe Preise von 2 Mark aufwärts.

Nur noch ganz wenige Tage

## SARRASANI

Partiengenossen!

Kauft nur bei den Inserenten

Eurer Zeitung

# Die Tagung des Preussischen Städtetages

## Die kommunistische Fraktion stellt die Schönröbner vor klare Entscheidungen

Nach dem Abschluß des Deutschen Städtetages ging gestern der Preussische Städtetag konstatieren. Obwohl wichtige Fragen zur Debatte standen, war allseitig das Interesse an dieser Tagung erlahmt. Selbst die Minister ließen sich nicht mehr sehen. Einzige kommunistische Fraktion nahm zu den zur Beratung kommenden Fragen eine eigene Stellung ein, während alle anderen Gruppen mit allem, was gesagt und in Entschlüssen niedergelegt wurde, einverstanden waren. Das Referat über „Schwebende Fragen des Finanzausgleichs in Reich, Ländern und Gemeinden“

hatte Prof. Dr. Gerloff, Frankfurt a. M. übernommen. In den nächsten Jahren, so erklärte er, seien selbst bei Steuererhöhungen keine größeren Mittel aus dem Finanzausgleich zu erwarten. Die Lohnsteuer sei, da ihre Einführung ein Stehenbleiben auf halbem Wege bedeute, eine längerer Fristigkeit. Die Entwicklung gehe zur allgemeinen Duellensteuer. Die gleichzeitige Besteuerung von Aktiengesellschaften und Aktionären sei eine „Ueberbannung“ der Nachkriegszeit. Bei der Einkommensteuer forderte er das kommunale Zuschlagsrecht. Der Redner wandte sich sodann gegen das Kirchensteuerrecht, durch das sich „bedenkliche Ereignisse“ wie der Kirchenaustritt von 4500 Breslawern im letzten Jahre heraufbeschworen werden. Die Hauszinssteuer müsse auch auf landwirtschaftliche Wohngebäude ausgedehnt werden; außerdem soll ihr der Charakter der Mieterbelastung genommen werden. (Wie das? Die Red. b. „N. B.“) Sie soll in stärkerem Maße als bisher den Gemeinden überwießen werden. Dr. Gerloff fand u. a. auch scharfe Worte gegen die Ergebnislosigkeit der Nachrevolution, „Sozialisierung“, ja, man hat es nicht einmal fertigbekommen, in späteren Jahren die Möglichkeiten einer allgemeinen Geldentwertung zu realisieren. Er schloß mit einigen unverbundenen Worten über die „Schwierigkeit der Versuche“, die Frage des Finanzausgleichs zu lösen. — Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer-Königsberg polemisierte gegen verschiedene steuerliche Maßnahmen des Reiches und verlangte Zuschlagsfreiheit für Einkommensteuer ohne Höchstgrenzen. Bürgermeister Dr. Seyer-Böhmum legte namens der Zentrumsfraktion seltlichen Protest ein gegen die sündhaften Ansichten, die Dr. Gerloff bei der Sozialisierungsfrage über das Privatigentum geäußert habe. — Für die kommunistische Fraktion sprach Stadtverordneter

### Genosse Menz-Berlin:

Die vom Vorstand vorgelegte Resolution ist zu nichts sagend, zu allgemein gehalten. Die kommunistische Entschlüsse nehme dagegen zu allen Fragen klipp und klar Stellung. Der Referent habe einige Ansichten geäußert, die mit der Meinung der Kommunisten übereinstimmen. Der heutige Staat sei ein Ausbeutungsstaat, der die Besitztenden schon und die Nichtbesitzenden belaste. Dann besprach Genosse Menz die Einzelheiten der von den Kommunisten vorgelegten Entschlüssen (siehe unten!) um deren Annahme er ersuchte.

Oberbürgermeister Ademann und Stadthandikus Lange-Berlin sprachen sich für kommunale Zuschläge zur Gemeindesteuer bzw. für Besteuerung des bisher steuerfreien Einkommens aus. Der sozialdemokratische Bürgermeister Hirsch erklärte im Namen seiner Fraktion, daß diese die kommunistischen Resolutionen ablehnen werde. Sehr spähig war die „Begründung“. Zum Teil, sagte Hirsch, enthielten die kommunistischen Resolutionen vernünftige Gedanken, die von der Sozialdemokratie stammen, zum Teil seien sie unerfüllbar und gehören nicht vor das Forum des Städtetages. Nach einem kurzen, sehr professoralen Schlußwort des Referenten wurden die Entschlüsse, die der Vorstand des Städtetages vorgelegt hatte, angenommen, die kommunistischen Resolutionen (außer der abgelehnten Panzerkreuzer-Entschlüsse) dagegen dem Vorstand überwiesen.

Landtagsabgeordneter Genosse Schwenk wurde in einer Sitzung, die sich an die öffentliche Tagung des Städtetages angeschlossen, als Vertreter der kommunistischen Partei in den Vorstand der genannten Organisation gewählt.

## Die kommunistischen Entschlüsse

### Zu Finanzausgleich und Steuervereinfachung

Finanzausgleich und Steuervereinfachung werden im bürgerlich-kapitalistischen Staat von den tatsächlichen Machthabern, dem Großkapital, der Schwerindustrie und den Großagrarier diktiert. Das nächste Klasseninteresse dieser Schichten ist auch in diesen Fragen entscheidend. Demzufolge treten beim Finanzausgleich und beim Steuervereinfachungsentwurf folgende leitende Gedanken klar hervor:

Weitestgehende Steuerbefreiung für den Besitz und Abwälzung aller Steuerlasten auf die Werktätigen.

Verwendung aller verfügbaren Mittel zur Festigung und zum Ausbau des Nacht- und Unterdrückungsapparates und damit zu rückwärtslosem Abbau aller sozialen und kulturellen Aufgaben.

Der Preussische Städtetag setzt sich daher für nachstehende Forderungen ein:

Einsetzung aller Zahlungen und Renten an die ehemaligen Fürknecht und Standesherrn.

Einzugung aller dynastischen Vermögen sowie der hohen Pensionen der Minister und Generale.

Streichung aller Aufwendungen für den Gewaltapparat der Bourgeoisie, Reichswehr, Marine, Polizei, Zeno, Spitzelapparat, Justiz und Kirche.

Aufhebung der Liebesgabenpolitik, Rückzahlung der Militärdenkschriften, die an Finanzkapital, Industrie und Großagrarier als Zuschüsse oder Kreditgeschenke oder in Form von Steuererstattungen oder -erlaß gegeben worden sind.

Kampf für die Einstellung der Dames-Zahlungen. Uebernahme aller Lasten der Wohnsicherheit und Fürsorge auf das Reich, Uebernahme der Wege- und Schullasten auf die Länder.

Gleichzeitig tritt der Preussische Städtetag ein für ein zentrales Steuersystem, gegen Zuschläge durch Länder und Gemeinden, gegen Wiederherstellung der Steuerhoheit der Länder; er fordert daher:

Beseitigung der noch geltenden Verbrauchssteuer der Gemeinden und ihrer Verkehrsabgaben. Für fortbestehende Gemeindesteuer ist überall das Recht der Staffelung zugunsten der Winderbemittelten zu fordern.

Gegen das Zuschlagsrecht der Gemeinden auf Einkommensteuer. Insbesondere Abwehr der Besteuerung, durch das Gemeindefiskusrecht auf Lohnsteuerpflichtige und sogar unter dem Steuerminimum verdienende und deshalb lohnsteuerfreie Arbeiter zur Einkommensteuer heranzuziehen.

Der Preussische Städtetag fordert weiterhin eine Erhöhung der Gemeindeanteile an den Reichssteuern, und zwar:

Die Herabsetzung des Anteils der Länder und Gemeinden an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer ist rückgängig zu machen und der Anteil von 90 Prozent wiederherzustellen, mit voller Ueberweisung dieser 15 Prozent an die Gemeinden.

Ueberweisung der Vermögenssteueranträge sowie der ihnen nach dem früheren Finanzausgleich zustehenden Erbschafts- und Börsensteuer an Länder und Gemeinden.

Beseitigung der Umsatzsteuerüberweisung und der Umsatzsteuergarantie des Reiches und Einführung einer Besteuerungsgarantie.

Beibehaltung der sonstigen Ueberweisungen (Kraftfahrzeug-, Kennwert-, Lotteriet- und andere Steuern), so lange der Ertrag durch Besteuerung nicht erzwungen werden kann.

Weiterhin setzt sich der Preussische Städtetag für den Schutz der minderbemittelten Werktätigen ein und verlangt Freilassung der Kleinwohnungen und Kleingewerbeträume von der Grundsteuerumlage.

Befreiung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern von der Grund- und Gewerbesteuer (eventuell Staffelung nach unten) überall dort, wo diese Steuern noch bestehen.

Gegenüber den Absichten der Reichsregierung, den jetzigen provisorischen Zustand weiter fortzusetzen, fordert der Preussische Städtetag die Gemeinden und Städte auf, energisch die Initiative für eine sofortige Regelung des Finanzausgleichs zugunsten der sozialen und kulturellen Aufgaben der Gemeinden im Sinne eines zentralen Steuersystems gemäß den obengeführten Forderungen zu ergreifen.

### Zur Wohnungsnot

Die ungeheure Wohnungsnot der Nachkriegszeit hat das Problem der Schaffung von Neubauwohnungen mehr und mehr zum zentralen Problem kommunalpolitischer Fürsorge gestaltet.

Durch die für Baustoffe (Steine, Bauholz) gestiegenen Preise sowie durch die ungeheure Steigerung der Zinssätze für Hypotheken werden die Mietpreise in Neubauwohnungen in einer Weise gesteigert, daß sie mit dem Einkommen der werktätigen Bevölkerung in keiner Weise in Einklang zu bringen sind. Die Hergabe von Hauszinssteuerhypotheken an private Bauherren und Genossenschaften hat völlig verlagert, da auch die Mieten in den mit Hilfe der Hauszinssteuer gebauten Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und

Klein-Besitzer unerschwinglich sind. Der Preussische Städtetag erkennt daran, daß mit dem bisherigen System auf dem Gebiet des Wohnungsbaues völlig gebrochen werden muß.

Er fordert daher von der Reichs- und Landesregierung: Räßige Beseitigung der Hauszinssteuer und Herabsetzung der staatlich festgesetzten Mietpreise um den Betrag derselben. Solange die Hauszinssteuer noch erhoben wird, die volle Uebergabe des Ertrages an die Gemeinden zum Zwecke des kommunalen Wohnungsbaues. Ferner empfiehlt der Preussische Städtetag den Gemeinden die Erhebung von Wohnungslagesteuern, deren Ertrag zur Mietenfestlegung in Neubauwohnungen zu verwenden ist.

### Gegen Panzerkreuzer, für wirkliche Sozialpolitik

Während das Reich den Gemeinden immer neue Aufgaben zuweist (Gesetz über Geschlechtskrankenfürsorge, Mehrbelastung der Gemeinden durch die Einführung des Gesetzes über die Erwerbslosenversicherung), ohne die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, hat die Reichsregierung die Ueberweisung der Seezeitkräfte durch Bau einer Panzerkreuzerflotte vorgezogen.

Der Preussische Städtetag erklärt angesichts der Tatsache, daß den Gemeinden die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben infolge der Finanzpolitik des Reiches und des Staates nahezu unmöglich gemacht wird, diese Rüstungsausgaben für unverantwortlich und fordert von der Reichsregierung die Ueberweisung der für diese Zwecke vorgesehenen Beträge an die Gemeinden zur Verstärkung der für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung stehenden Mittel.

### Zur kommunalen Selbstverwaltung

(Eingebracht auf dem Deutschen Städtetage.)

Die kommunistische Fraktion fordert:

1. Wirkliche Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindevverbände und die Beseitigung der Staatsaufsicht und des Befähigungsrechts.
2. Ueberführung der staatlichen Polizei in kommunale Verwaltung und Umwandlung der militärisch organisierten Polizei in einen kommunalen Ordnungsdienst.
3. Uebertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben auf kommunale Selbstverwaltungsorgane.
4. Abbau der oberen staatlichen Bürokratie und Ausübung der leitenden Funktionen durch nicht beamtete gewählte Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung.
5. Aufhebung der Vorrechte des Magistrats und der Oberbürgermeister und deren Umwandlung in ausführende Organe unter Beseitigung des Zweikammersystems.
6. Vereinfachung der Kommunalverwaltung durch Vereinigung der Legislative, Exekutive und Administration in einheitlich arbeitende Körperschaften.
7. Verwirklichung der Selbstverwaltung durch Uebertragung aller leitenden Funktionen an die Gemeindevertreter und Gemeinderäte sowie an Gemeindebeputierte, die von den Arbeiterorganisationen zu wählen sind.

# Bauer und Volksentscheid

Auschnitten und zur Agitation am Roten Landsonntag benutzen!

Von Franz Wörde, Wbz.

Die deutsche Heeresleitung sieht in dem Rüstungsprogramm den Bau von vier neuen Panzerkreuzern vor. Für diese Kriegsschiffe ist eine Summe von 500 Millionen vorgezogen. Der erste Panzerkreuzer A ist bereits in Auftrag gegeben, der 80 Millionen kosten soll. Diese Summe wurde von dem neuen Reichskabinett mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister bewilligt. Die Demokraten hatten die Absicht, diese Summe nicht zu geben. Weil aber dadurch im Kabinett keine Mehrheit zustande gekommen wäre, stimmten die Sozialdemokraten dafür, damit er bestimmt gebaut werde.

Dieser Beschluß der Reichsregierung hat unter der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land eine ungeheure Erregung ausgelöst. Auch unter den Bauern wird diese Regierungstat lebhaft besprochen. Warum? Jeder werktätige Bauer weiß, daß Kriegsschiffe nicht etwa zu Sportzwecken gebaut werden. Auch wird man mit den Panzerkanonen nicht die Sperlinge aus den Getreidefeldern der Kleinbauern verjagen. Kriegsschiffe werden nun einmal gebaut, um mit ihnen Krieg zu führen. Wenn die deutschen Kriegstreiber nun aber nicht die Absicht hätten, sich in diese Kriegsfuror einzureihen, dann bräuchten sie doch keine Kriegsschiffe zu bauen.

### Gegen wen soll der Krieg geführt werden?

Es ist auch heute für den Bauer kein Geheimnis mehr, daß es das Bestreben der englischen Schwerkapitalisten ist, einen Krieg gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Sowjetrußland vorzubereiten, um bei einer passenden Gelegenheit über dieses Land herzufallen und die Macht der Arbeiter und Bauern zu beseitigen und sich in den Besitz der Reichtümer dieses Landes zu setzen. Auch die deutschen Schwerindustriellen und Finanzkapitalisten möchten an die Seite Englands treten, weil sie glauben, durch einen neuen Weltkrieg sich die Taschen füllen zu können.

### Was würde ein neuer Weltkrieg den Bauern bringen?

Mit Trauen werden die deutschen Bauern an das Gemetzel von 1914 bis 1918 zurückerinnert. Millionen Bauernsöhne und Familienväter haben in den Schützengräben in Flandern, auf dem Balkan, in Rußland und anderen fernen Ländern den Tod gefunden. Hunderttausende von Bäuerinnen und Kindern trauern um ihre Angehörigen. Der Kleinbauer lag in Feuergefecht und Gaschwaden, während der Großgrundbesitzer sich als Offizier in der Steppe oder der Heimat herumdrückte und seinen Betrieb leitete als Lebensmittellieferant für die Armee. Welcher Bauer erinnert sich nicht noch der Zeit, wo er durch die Zwangswirtschaft des kaiserlichen Deutschlands die letzte Kohlrübe abliefern mußte. Lebensmittelhändler und Kriegsgewinnler trieben ihr Unwesen. Der Bauer verarmte.

Welche Bauersfrau erinnert sich nicht der Zeit, wo sie in Sorgen um ihren Gatten oder Sohn zu Hause die Wirtschaft allein oder mit nur geringer fremder Hilfe führen mußte. Der Herr Baron oder der Herr Rittergutbesitzer belamten billige Kriegsgefangene auf ihre Güter. Ja, diese Herren schidten aus der Steppe Pferde, Rinder und launige Reichtümer noch zu ihren Angehörigen. Welcher Bauer erinnert sich nicht noch, wie er als Schwerbeladener mit einer lärglichen Reule abgefunden wurde, die jetzt so gut wie abgebaut ist, während die Offiziere hohe Pensionen erhalten.

Kaum sind diese Wunden, die das Völkermorden riß, vernarbt, und schon wieder rufen die Weltkapitalisten zu neuem Kriege.

Nach 1918 setzte die furchtbare Geldentwertung ein. Wie Schnee unter der Sonne zerrannen die wenigen Spargroschen. Eine Anzahl Kleinbäuerlicher Existenzen ging zugrunde. Nach 1923 setzte die feste Geldwährung ein. Die Kleinbauern wurden mit Steuern, Abgaben und Zöllen derart belastet, daß sie gleich den Arbeitern in den Städten unter dieser Last noch heute seufzen.

Umwerterschäden, Kreditnöte, Nachschwierigkeiten und Mindereinnahmen aus der Wirtschaft kennzeichneten die folgenden Jahre. Die Bauern hofften, der Staat würde ihnen helfen. Kreditgesuche und Bittschriften wurden an die Regierungsstellen gerichtet. Weber die Regierung der Deutschnationalen, noch die Regierungen der Reichsbannerparteien halfen.

### Für euch Bauern ist kein Geld da,

so lautete die Antwort auf die Kreditgesuche der Bauern. Industriellen, Bankhären und Großgrundbesitzern aber wurden große Summen zu niedrigen Zinssätzen gegeben. Der Arbeitshauer gucte in den Mond.

Genau so steht es jetzt mit der Umschuldung der Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Auch ist für den Kleinsten kein Geld da. Und in derselben Zeit, wo die werktätigen Bauern mit ihren Forderungen abgewiesen werden, da bewilligt die Regierung den deutschen Kapitalisten für das erste Kriegsschiff 80 Millionen. Weitere 420 Millionen sollen folgen. Was bedeutet diese Summe? 500 000 Bauern könnten je 1000 Mark bekommen, um ihre Wirtschaften zu verbessern, um ihre Scheunen auszubauen, um sich Vieh oder Maschinen zuzulassen. Anstatt diese gewaltige Summe für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land zu verwenden, werden diese Gelder ausgegeben für den Bau von neuen Nordwerkzeugen. Hier war es die kommunistische Partei, die sofort aufstand und erklärte:

### Keinen Pfennig für Panzerkreuzer.

Die KPD wandte sich in einem Aufruf an die Arbeiter, um so mobil zu machen für einen Volksentscheid. In kurzer Zeit wurden die nötigen Unterschriften aufgebracht und das Volksbegehren beantragt.

### Auch du, Arbeitsbauer,

darfst in diesem Kampfe nicht abseits stehen. Auch du mußt mithelfen, daß ein zweites 1914 nicht wieder entsteht. Darum hilf mit, die Kriegsrüstungen zu verhindern. Die Millionen müssen den werktätigen Bauern, den Kleingewerbetreibenden, den Arbeitern in Dorf und Stadt zugeführt werden. Diese Millionen könnten verwendet werden, um die unerträgliche Steuerlast, die auf den Schultern der Arbeitsbauern, Siedler, Pächter und Kleinschifer drückt, zu verringern. Das wollen die Kommunisten mit ihrem Antrag auf Volksentscheid bezwecken. Nicht Kriegsrüstungen, nicht neues Völkermorden, nicht wieder Inflation, nicht weitere Betarmung der Kleinbauern zugunsten der Großkapitalisten, der Großbanken und der Großagrarier, sondern Hilfe für die Schwachen und Unterdrückten. Das fordern die Kommunisten.

In der Zeit vom 3. bis 16. Oktober liegen die Listen zum Volksbegehren in den Gemeinden aus. Kein Arbeitsbauer, keine Bäuerin darf veräumen, sich in diese Listen einzusetzen.

Bauer, tue deine Pflicht!

## Die niederschlesischen Bergarbeiter rüsten zum Kampf

E. H. Als Hindenburg im Waldenburger Hungerrevier weilte, soll er, wie uns die bürgerlichen Presseorgane berichten, nach seiner offiziellen Begrüßungsansprache seinem „erschütternden Eindruck“ über das Elend im Waldenburger Land Ausdruck verliehen haben. Dabei sollen von ihm die Worte gefallen sein: „So geht es auf keinen Fall weiter!“

Die Waldenburger Bergarbeiter sind in dieser Beziehung mit Hindenburg einverstanden. Auch sie sind der Auffassung, daß es, wie bisher, nicht weiter gehen kann und nicht weiter gehen darf. Der gleichen Auffassung sind die Frauen der Kumpels, die dem großen Lohn ihrer Männer weder ihre Kinder, noch sich und ihren Mann ausreichend kleiden und ernähren können. Zum Unterschied von den bürgerlichen Presseorgane aber haben die Bergarbeiter endgültig jede Hoffnung auf milde Gaben von der Regierung und Herrn v. Hindenburg zu Grabe getragen. Sie wissen, daß ihr Schicksal nicht durch Hindenburg-Reden, nicht durch arbeitgemeinschaftliche Verhandlungen des Herrn Hoffmann und durch Appelle an das „Gewissen“ der Regierung und der Unternehmer eine Wendung erfährt. Sie wissen, daß ihr Schicksal einzig und allein von der Kraft und dem Geist ihrer Organisationen und ihrem eigenen Willen zum Kampf gegen Hindenburg, gegen die Unternehmer und die reformistischen Hindenburg-Guldiger abhängt.

Aus diesem Grunde haben die Bergarbeiter ihren Bergbauunternehmern ihre Forderungen auf Verbesserung ihres künftigen Lohnes präsentiert. Diese Forderungen sind außerst minimal, zumal inwieweit die von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes als Voraussetzung für eine gründliche Erhöhung der Löhne notwendige Zusammenlegung der Becken erfolgte. Die Forderungen sind:

- Erhöhung der Tariflöhne für alle Gruppen der Lohnordnung um 15 Prozent.
  - Besondere Berücksichtigung der Arbeiter unter 20 Jahre.
  - Gleichstellung der Handwerker mit den Zimmerbauern.
  - Ausgleich in den Löhnen mit den Kohlerearbeitern.
  - Beseitigung der Lohnspanne in der Gruppe E der Lohnstufen bei den Arbeitern von 20 bis 24 Jahren.
  - Erhöhung des Mindestlohnes. — Zimmerhauerschichtlohn + 10%.
  - Erhöhung des Wassergeldes auf durchschnittlich 50 Pfg.
- Diese Forderungen sind das mindeste, was durchgeführt werden muß, wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die niederschlesischen Bergarbeiter um ihre letzte Lohnerhöhung durch die Unternehmer fast reißlos gebrellt wurden.

Bei den inzwischen stattgefundenen Lohnverhandlungen haben, wie wir bereits berichteten, die Unternehmer ein Zugeständnis in der Lohnfrage von der Erhöhung des Kohlenpreises um eine Mark pro Tonne abhängig gemacht. Dabei soll nicht vergessen werden, daß die Unternehmer, ohne Befragen ihrer Arbeiter, bereits am 10. September den Kohlenpreis um eine Mark pro Tonne

erhöhten, ohne daß die Lohnkosten eine Erhöhung erfahren hätten. Von der nunmehr verlangten Kohlenpreiserhöhung sollen 80 Prozent den Bergarbeitern zugeführt werden. Bei Nichtbetrachtung, bedeutet aber dieser Vorschlag nichts anderes als pro Kopf der Gesamtbelegschaft eine Erhöhung des geltenden Schichtlohns um 18 Pfennige. Es ist selbstverständlich, daß die Bergarbeiter jeden Versuch, sie zur Erhöhung der Gewinne ihrer Unternehmer einzuspannen, auf das entschiedenste ablehnen müssen. Die Arbeiter haben ihre Arbeits- und Lohnbedingungen zu verbessern. Zu diesem Zwecke haben sie sich den Gewerkschaften angeschlossen, nicht aber um ihren Brotherrn höhere Profite zuzuführen, von denen sie selbst, wie die Erfahrung bestätigt, nichts erhalten. Aus diesem Grunde verlangen sie von ihrer Gewerkschaftsleitung, daß Versuche, sie für die Erhöhung der Kohlenpreise einzuspannen, abgelehnt werden: Die Kohlenpreiserhöhung einmal durchgeführt, würde bald eine weitere Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nach sich ziehen.

Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Leistungsziffern im Waldenburger Revier eine fortwährende Steigerung aufweisen. So beträgt der Förderanteil je verfahrenen Schicht pro Kopf der Gesamtbelegschaft in Niederschlesien 126 gegenüber 100 im Jahre 1913. Das Ruhrgebiet ist das einzige Kohlengebiet, das eine gleich starke Erhöhung aufzuweisen hat. Trotzdem ist der Verdienst des niederschlesischen Bergarbeiters weit geringer als der Lohn selbst eines sächsischen Bergarbeiters, von denen niemand behaupten wird, daß sie hohe Löhne besitzen. Es ist deshalb nichts anderes als ein wohlberednetes Mandat, wenn die Waldenburger Bergherren erneut mit ihren Klagekliegern beginnen.

Die Bezirksleitung des VVB. teilt am Sonntag, dem 30. September, vormittags 9 Uhr, im Gasthof „Zum Zepier“ in Ober-Waldenburg eine Revierkonferenz der Funktionäre im Bergbau statt. Teilnehmern haben sämtliche Betriebsräte und Ortsverwaltungen in katarischer Stärke. Mitgliedsbücher sind als Ausweis mitzubringen.

Weiterhin finden folgende öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt:

- Am 27. September: 8,30 Uhr in Dittersbach im Tiefbau; 16,30 Uhr in Dittersbach im Tiefbau; 9 Uhr in Rothenbach im „Krug zum grünen Kranz“; 17 Uhr in Rothenbach im „Krug zum grünen Kranz“; 18 Uhr in Friedland im „Grünen Baum“.
- Am 28. September: 9 Uhr in Waldenburg in der Stadtbrauerei; 18 Uhr in Waldenburg in der Stadtbrauerei; 9 Uhr in Fellhammer im Mayrauschacht; 17 Uhr in Fellhammer im Mayrauschacht.
- Am 29. September: 9 Uhr in Weißstein im „Deutschen Hause“; 17 Uhr in Weißstein im „Deutschen Hause“.

Bergarbeiter! In allen Versammlungen, auf der Revierkonferenz sei eure Entscheidung: „Kein Zurück von den Mindestforderungen, sonst Streik ab 1. Oktober!“

Trotzdem hat die freigewerkschaftliche Organisation, die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, seit vor einem Jahre auch in Schlesien die ersten Ortsgruppen gegründet worden, in den belien schlesischen Provinzen Fortschritt gemacht.

Anlässlich der Tagung des Deutschen und Preussischen Städtetages in Breslau fand am 24. September d. J. in Breslau die erste Tagung der Provinzgruppe Schlesien der Reichsgewerkschaft statt. Sie war von Vertretern der ober- und niederschlesischen Ortsgruppen besucht. Der Provinz- und Ortsgruppenrat des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der Dutak und die Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner hatten Delegierte entsandt.

Kollege Kunze vom Verbandsvorstand in Berlin hielt in der Nachmittagsitzung und in einer Mitgliederversammlung am Abend Vorträge über die Zukunft der Kommunalbeamten und die Forderungen der Reichsgewerkschaft. Er geißelte scharf die zwiespältige Haltung des Deutschen Beamtenbundes und seiner treuesten Stütze, des Komba, in den abgeschlossenen Besoldungsverhandlungen. Immer wieder, erst bei den Besoldungsverhandlungen in Breslau und Regensburg, hat der Komba gezeigt, daß er die unteren Gruppen sich zwar gut und gerne als zahlende Mitglieder gefallen läßt, daß er aber für ihre besonderen Sorgen nur ein sehr geringes Interesse hat. Auf die Forderungen der Kommunalbeamten näher eingehend, behandelte Kollege Kunze das Beamtensetzungsrecht, die Frage der Dauerangestellten, die Dienststrafordnung und Fragen des Beamtenselbstbewusstseins. — Zum ersten Vorsitzenden des Provinzialausschusses Schlesien der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten wurde Landesrat T. L. H., Breslau, Friesenstraße 60, gewählt.

## Die Absperrung der 40 000

Große Konflikte in der Textilindustrie.

Die Einigungsverhandlungen in der Dürerer Textilindustrie, wo seit dem 29. August 5000 Textilarbeiter ausgeperrt sind, sind gescheitert. Die Unternehmer haben, gestützt auf den Unternehmerverband der deutschen Textilindustrie, ihren scharfmacherischen Standpunkt beibehalten und eine Erhöhung der Löhne, die für Facharbeiter in der Spitze 63 Pfg. betragen, abgelehnt. In den nächsten Tagen werden von den 5000 ausgeperrten. Dürerner 40 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen in München-Gladbach hinzukommen. Die Kündigungsfrist läuft am 29. September ab und auch hier dürfte es sicherlich zu einem erbitterten Ringen mit den Textilbaronen kommen, da die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter um Erhöhung des Lohnes, der genau so niedrig ist wie in Dürren, abgelehnt haben. Ein weiterer großer Konflikt droht in Sachsen auszubrechen, wo für circa 80 000 — ein Drittel der gesamten deutschen Textilarbeiter — am 30. Oktober der Lohnvertrag abläuft. Die Löhne sind besonders in Ostschlesien so niedrig, daß sie mit zu den schlechtesten in ganz Deutschland gehören. Löhne von 57 bis 62 Pfg. für über 20 Jahre alte Arbeiter sind an der Tagesordnung. Hier besteht bei den Reformisten die Absicht, diesen Tarif nicht zu kündigen, weil, wie sie behaupten, infolge der schlechten Konjunktur die Textilarbeiter „bessere Zeiten abwarten“ müssen. Es wird hier eines starken Drucks der Textilarbeiter bedürfen, um die Kündigung zu dem erstmalig zulässigen Termin, dem 29. September, durchzusetzen. An den letzten Schiedssprüchen, die von den sozialdemokratischen Schlichtern gefällt worden sind, müssen die Textilarbeiter erkennen, daß sie nur durch schärfsten Kampf gegen das Unternehmertum, die Schlichtungsinstanzen und die reformistische Niederlagenstrategie, höhere Löhne durchsetzen werden. Der Sympathie der gesamten deutschen Arbeitererschaft dürfen die Textilarbeiter bei ihrem schweren Ringen sicher sein.

## Ausschluß des Gen. Girndt-Doppeln aus dem DVB.

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Dieser Tage erhielt Genosse Girndt durch einen eingeschriebenen Brief die Mitteilung, daß er wegen Verurteilung des „Eisenbahner-Schos“ und der darin enthaltenen Angriffe gegen die Gewerkschaftsleitung aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgeschlossen worden sei. Beantragt wurde der Ausschluß vom Bezirksleiter des Eisenbahnerverbandes der Eisenbahner, Bezirk Ober-Schlesien, Hüttermann, und seinem Sekretanten, dem Disziplingeschäftlichen Kontrolleur-Gleimig. Außerdem von dem Bezirksleiter des DVB, Komack-Gleimig, und damit das vierblättrige Kleeblatt vollständig ist, von der Bezirksleitung Breslau des DVB.

Darauf es ankam, vertrat die pro forma eingeschriebene Unterzeichnungskommission, die erklärte, nur gegen einen Ausschluß zu sein, wenn Girndt das „Eisenbahner-Schos“ eingesehen lassen würde. Da Genosse Girndt ihnen diesen Gefallen nicht

tat, weil dann nicht nur die Bonzenliquide, sondern auch die höheren Beamten der Eisenbahndirektion ein Freubengehen anstimmen würden, schloß man ihn einfach aus.

Nachträglich hat man noch einige direkt erlogene Ausschlußgründe zusammengestellt. So heißt es in dem Ausschlußschreiben, daß der Eisenbahnerverband von 3200 auf 1000 Mitglieder zurückgegangen sei. Das Gegenteil ist wahr! Bei der Gründung des Eisenbahner-Schos hatte z. B. die Ortsgruppe Doppeln 100 Mitglieder, und heute sind über 1000 vorhanden! Um Kommunisten aus den Gewerkschaften zu werfen, ist eben jeder Schwindler reich.

Dieser Ausschluß eines um die ober-schlesische Gewerkschaftsbewegung besonders verdienten Genossen ist ein offener Skandal. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen sich das auf keinen Fall bieten lassen und müssen gegen diesen unerhörten Ausschluß Stellung nehmen.

## Nachtrag zum Streit in der Herrrentonfektion

Um ein klares Bild über den Streit in der Herrrentonfektion zu bekommen, muß man sich zurückerinnern an den ersten Schiedsspruch des Arbeitsministeriums, der eine 25-prozentige Lohnerhöhung für die „deutsche Wirtschaft nicht für tragbar hielt“. Diese lächerliche Begründung hatte einen mehrwöchigen Streit zur Folge. Da angeblich der Arbeitsminister Bissell für diesen Schiedsspruch nicht verantwortlich ist, da er vertrieben war, versuchten nun die Gewerkschaftsführer diese Angelegenheit als eine Verfehlung des Dr. Eichler — eines Beauftragten des Arbeitsministeriums — hinzustellen.

Nach einem vierwöchigen Streit kam es dann wieder zu Verhandlungen. Die Unternehmer ließen es sich natürlich nicht nehmen, durch den Mund ihrer Scharfmacher den Vertreter des Arbeitsministeriums von ihrer angeblichen „Vorlage“ zu überzeugen. Nach einer zweitägigen Redebeschlacht wurde ein Schiedsspruch gefällt. Im diesem Spruch den Vorkämpfern der Arbeiter schmachhaft zu machen, legten ihn die Gewerkschaftsführer so aus, als wenn durch ihn eine wesentliche Verbesserung erzielt worden wäre. Tatsache ist, daß er gegenüber dem zuerst geforderten 25 Prozent (der erste Spruch sah 11 Prozent vor) jetzt im Durchschnitt 12 1/2 Prozent bringt. Dazu kommt die Ausdauer bis September 1929. Die Einziehung der Serie II für den Bezirk Breslau fällt weg, die Serie III bis VI bleiben weiter bestehen. Wenn man sich diesen Schiedsspruch vor Augen hält und die zunehmende Zerstörung und die fortschreitende Nationalisierung, die auf Kosten der Arbeiter durchgeführt wird, in Betracht zieht, so muß man annehmen, wie es möglich sein konnte, daß er von der Kollegenchaft so glatt angenommen worden ist. Bei der Abstimmung in Breslau stimmten von 657 Kollegen 633 dafür und 24 dagegen. Die Mehrheit der Kollegenchaft wird wohl bald erkennen, daß trotz der 12 1/2 Prozent Lohnerhöhung sie wieder die Dummen sind, weil sie die zu Anfang des Konflikts geforderten

25 Prozent nicht aufrechterhielten. Die Verzichtigkeit der Gewerkschaftsführer hat es wieder vermocht, den so günstigen Streit in solche Bahnen zu lenken, daß die Unternehmer, die zuerst bei den Verhandlungen so geamert hatten, ihn nun selbst anerkennen. Hoffentlich werden die Kollegen aus diesem Streit lernen, daß eine wesentliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeitererschaft mittels Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie nicht möglich ist. Der Ausgang des Streites der Vorkämpfer ist nichts anderes als der Ausdruck des Rechtskurzes der Gewerkschaftsführer. Lehnt in den Verhandlungen die Politik des Wirtschaftskrieges ab und fordert Klassenpolitik gegen das Unternehmertum. Auf so werden wir besseren Zeiten entgegengehen!

## Die Kommunalbeamtenbewegung

Man schreibt uns: Ursprünglich nur langsam, jetzt aber maßgeblich, legt sich auch in den Kreisen der Kommunalbeamten der freigewerkschaftliche Gedanke durch. Seitens der Kommunen und der reaktionären Kreise im schlesischen Städtetage hat man bisher nichts unversucht gelassen, der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, angegeschlossen dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde, Schwierigkeiten zu bereiten.

Dem dem Deutschen Beamtenbunde angegeschlossen Komba dagegen ist man immer lieber bereit, geldwerte Unterstützung zuteil werden zu lassen. Man nimmt ihn freundlicherweise das Amt des Verbandssekretärs ab, läßt die Beiträge durch die Stadtkassen einziehen, läßt ihn auf Kosten der Allgemeinheit der Streikorgane in den Verbandsbüros und Fernsprecher zur Verfügung usw. Breslau ist dafür ein typisches Beispiel!

## SPD-Fraktion im DVB.

stellt Ausschlußanträge

Absehung der Ortsverwaltung Stuttgart und Ausschluß des ersten Bevollmächtigten Kraus.

Vor einigen Tagen fand in Stuttgart eine Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Metallarbeiter statt, die laut der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ folgenden Beschluß faßte: „Die Versammlung beantragt daher beim Vorstand, gegen den Kollegen Kraus auf Grund des § 22, Abs. 1 a des Verbandsstatuts das Ausschlußverfahren einzuleiten.“

Die sozialdemokratische Fraktion beantragt also den Ausschluß des oppositionellen ersten Bevollmächtigten Kraus, und der Hauptvorstand wird den Ausschluß vollziehen. Schon auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress hat Kraus dem Genossen Kraus gedroht, weil er nicht von den kommunistischen „Verbrechern“ abblinde, sondern erklärte, daß er sich auch zu diesen „Verbrechern“ rechne.

In einer zweiten angenommenen Entschließung heißt es, daß der „Einfluß der Kommunisten gebrochen“ werden müsse. Die „Schwäbische Tagwacht“ schreibt dazu, daß sie wohl wisse, daß jetzt im DVB Stuttgart eine Krise ausgebrochen sei, aber, so fügt sie wörtlich hinzu: „Es wird eine Gesundungsstrie sein!“ Es ist schon allgemein bekannt, daß überall, wo die SPD ihre Spaltungskampagnen einleitet, wie z. B. im Berliner Arbeitersport, stets das Wort „Gesundungsstrie“ auftaucht.

Die Stuttgarter Metallarbeiter werden sich gegen die verbrecherische Spaltungsoffensive zu wehren wissen. Da aber die DVB-Fraktion auf der ganzen Linie verhärtet vorsteht, so müssen jetzt über alle in Reich die Metallarbeiter auf die Schanzen eilen und den Kampf gegen den Reformismus und sozialdemokratischen Spalter verhärtet. Nur durch festes Zusammenhalten der Arbeiter in den Betrieben kann die reformistische Spaltungsoffensive gebrochen werden.

## Spaltungskurs im Lederarbeiterverband

Ausschluß eines oppositionellen Beiführers.

Der Zentralvorstand des Lederarbeiterverbandes hat unter Bruch des Statuts den oppositionellen Kollegen Peterson in Berlin ausgeschlossen. Kollege Peterson wurde im Ortsverein Berlin mit großer Stimmenmehrheit in den Zentralvorstand als Beiführer gewählt. Die Unwissenheit dieses Kollegen im Zentralvorstand war den Nachler und Konjunkten unangenehm, denn sie sind zurzeit dabei, einen ungeheuren Skandal zu vertuschen. In der Presse erschienen in der letzten Zeit Dokumente, die die Bürokratie auf das schwerste belasteten. Kollege Peterson forderte volle Aufklärung. Die Bürokraten waren gezwungen, sich zu äußern, doch sie wollten die Dinge nicht vor der Gesamtkollegenchaft, sondern nur in der Duntkammer des Zentralvorstandes behandeln. Dort trat Kollege Peterson als Ankläger auf, er führte den Nachweis für die unerhörten Verfehlungen Nachlers und seiner Parteifreunde. Deshalb wurde in der nächsten Sitzung des Zentralvorstandes der Kollege Peterson ausgeschlossen.

Was die „Vollmacht“ verschweigt

Hallo! Am Freitag, dem 28. September, 1928, 20 Uhr, spielen DIE TROMMLER 6 neue Nummern...

Kirchen — statt Wohnungen In noch schnellerem Maße wie die Stadt Breslau wächst, wächst auch die Zahl der sogenannten „Wohnungen Gottes“...

Der Fall Rojen vor dem Abschluss? Der Rechtsbeistand der Frau Neumann, der Rechtsanwalt Dr. Sgla, hatte sich vor einiger Zeit an den Justizminister...

Die gewaltsam geräumte Wohnung Der Schweinemästereibesitzer Balang hatte vor längerer Zeit einen Schweinemäster namens Weimann angenommen...

Kombinierte Mitgliederversammlung Am Freitag um 20 Uhr finden nachstehende Mitgliederversammlungen statt...

Blindenware. Der Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien teilt uns mit: Von auswärtigen Stellen wird Niederschlesien mit angeblicher Blindenware überschwemmt...

Ein schwerer Straßenaussatz ereignete sich auf der Strehleiner Chaussee an der Umgehungsbahn. Ein Motorradfahrer stieß mit einem schlecht beleuchteten Viehwagen zusammen...

Ueber die Mitgliederversammlung der SPD. am Montag, in der Seydewitz referierte, berichtet die „Vollmacht“ in einer die sozialdemokratischen Arbeiter irreführenden Weise...

Erwerbslose Parteigenossen, NSB-Kameraden, sympathisierende Arbeiter welche im Besitze eines Abos sind, melden sich am Freitag früh 9 Uhr in folgenden Lokalen...

in Dels transportiert. Unterwegs gelang es dem Häftling, die Fesseln zu lösen. Er sprang dann plötzlich vom Wagen und flüchtete...

Die Familie mit dem Tode bedroht hat der Rangierer G. von der Moritzstraße. G. hatte sich kürzlich an seiner 16jährigen Tochter in unzüchtlicher Weise vergriffen...

Die Militärverorgungs-Gebührenliste für Oktober werden von den Postämtern 9 und 16 bereits am 28. September gezahlt.

Internationale Arbeiter-Hilfe Donnerstag 20 Uhr Gesamtmitgliedsversammlung bei Reimann, Neue Antonienstraße...

Mittelschlesien Stabelwitz. Dessen öffentliche Versammlung. Am Sonntagabend, 29. September, 19.30 Uhr, findet im „Volksgarten“ (Ramille) eine öffentliche Volksversammlung statt...

Gundsfeld. Achtung! Sonntagabend, den 29. September, veranstaltet die Ortsgruppe Gundsfeld des Roten Frontkämpferbundes ihr 2. Stiftungsfest im Erbtreischam Friedewalde bei Weimer...

Dhau. Die Flucht aus der Erziehungsanstalt mit dem Leben bezahlt. Zwischen Sambowitz und Lefewitz ist der Fürsorgegepöng Georg Zur, der von einem Transporteur begleitet war, nachts aus dem fahrenden Zuge gesprungen...

Brieg. Der ängstliche Herr Bürgermeister. Zu der am 29. und 30. September in Brieg stattfindenden Werbekundgebung ersuchte der NSD. bei der Stadt um Ueberlassung einer Turnhalle oder eines sonstigen Raumes als Massenquartier...

Gorlau-Gollschau. Die Fahnenweihe der hiesigen Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes findet nunmehr bestimmt am kommenden Sonntag statt...

Das kein grundsätzlicher Unterschied zwischen rechten und linken Führern besteht, hob der Reformist Dr. Gamburg hervor. Er sagt laut „Vollmacht“-Bericht (und hier hat das SPD-Blatt nicht geschwiegen)!

Wie stark trotz aller Beruhigungsversuche nach dem Misträuen der Breslauer SPD-Arbeiter gegen ihre Führer ist, beweist nachstehende, von Rauch eingebrachte und von der Versammlung einstimmig angenommene Resolution:

Die Breslauer Reichstagsabgeordneten der SPD, werden ersucht, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Funktion noch vor der Abstimmung des Reichstages über die zweite Kammer des Panzerkreuzers zusammentritt und die Genossen Gilsberg und Müller verpflichtet, auf jeden Fall von ihrem Verzicht gegen die Einsetzung der zweiten Kammer in den neuen Reichstagsauswahlsplan Gebrauch zu machen.

Wenn die Breslauer SPD-Arbeiter allerdings glauben, mit Annahme dieser Resolution zu verhindern, daß ihre Führer weitere Mittel für die Aufstellung bewilligen, so befinden sie sich in demselben Irrtum wie vor einigen Monaten, als sie Mindestdorderungen als Bedingung für den Eintritt ihrer Minister in die Regierung aufstellten...

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau. Stabteil Nord. Die am letzten Sonntag abgeleitete Landtagitation findet am Sonntag, dem 30. Sept., bestimmt statt... Stabteil Ost. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Wehlfischhof... Stabteil Nordost. Freitag 20 Uhr Straßenzellen 6 und 7 Mitgliederversammlung bei Kössner, Uferstraße... Stabteil Zentrum. Freitag 20 Uhr im „Zurmhof“ kombinierte Mitgliederversammlung... Stabteil 4. Süd. Freitag 20 Uhr kombinierte Funktionäre von Partei, NSB, Rote Hilfe und Jugend haben zu erscheinen... Strehlen. Freitag 20 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung mit NSB bei Wende... Schweidnitz. Freitag 19.30 Uhr bei Hübel Mitgliederversammlung sämtlicher Straken- und Betriebszellen... Goldberg. Freitag 20 Uhr NSB-Versammlung, anschließend Parteiverammlung... Kommunikativer Jugendverband Breslau. Nord. Donnerstag 20 Uhr Heimabend bei Schneider, Rosen-Ede Dittstraße... Gölitz. Freitag 20 Uhr Heimabend im Jugendheim, Jüdenring 16... Jung-Spartakus-Bund Breslau. West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend bei Janke, Mariannenstraße 7... Nord. Donnerstag 17 Uhr Heimabend in der „Stadt Namslau“, Matthiasstraße... Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. Heute 20 Uhr Generalversammlung im Bergkeller, Mettschauerstraße... Abt. 1. Heute 19 Uhr Antreten im Marschanzug bei Wolff, Königgräber Straße... Abt. 2. Donnerstag 19 Uhr Antreten Bauschulplatz... Abt. 3. Freitag 18 Uhr Antreten in der „Stadt Namslau“, Matthiasstraße... Abt. 4. Donnerstag 19 Uhr Antreten im Anglerheim, Leuthenstraße... Abt. 5. Freitag 20 Uhr im „Zurmhof“ kombinierte Mitgliederversammlung mit Sympathisierenden... Abt. 6. Donnerstag 18.30 Uhr alles antreten bei Janke... Roter Frauen- und Mädchen-Bund Gottesberg. NSWB. Donnerstag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung im Jugendheim Ober-Hermisdorf... Altwafer. NSWB. Donnerstag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Gen. Krügel, Baudverein 20... Sonstige Organisationen Breslau. Rote Hilfe. Zentrum. Freitag 20 Uhr erscheinen alle Mitglieder zur Versammlung der Partei im „Zurmhof“... Freiburg. Gewerkschafts-Partei. Donnerstag 20 Uhr im „Grünen Baum“ Ortsausflug-Sitzung...

Gewerkschaftshaus-Liditsplele Donnerstag, den 27. und Freitag, den 28. Sept. um 5 und um 8 Uhr — Jugend verboten Der Biberpelz Beiprogramm: „Unter Affen und Palmen“, „Fips der Scheinheilige“, „Ostsched Brunghausen“ Wodensdau 50 Pfg. Einheitsplatz auf Ausweis des Besückerkreises, ohne 70 Pfg. Arbeitslose und Invaliden 25 Pfg. nur bis 5.30 Uhr

Am Sonntag gehen alle Genossen, alle Kameraden und sympathisierenden Arbeiter aufs Land!

# Oberschlesien

## Die Belegschaften von Guido-Grube und Delbrüschächte setzen sich zur Wehr

Einstimmig für das Volksbegehren

Am Sonntag fand im Festsaal der Guido-Grube eine Belegschaftsversammlung beider Schichtanlagen der Berginspektion 8 statt. Die Tagesordnung bildeten folgende Punkte: 1. Bericht von der letzten Betriebsratsitzung. Referent: Kollege Thiemt. 2. Bericht von den Sterbelaufenprüfungen beider Anlagen. 3. Diskussion über Verschmelzung der Sterbelaufenprüfungen von Guido-Grube und Delbrüschächte.

Um 10 Uhr eröffnete Kollege Schleron die Versammlung. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Thiemt von der Guido-Grube über den Verlauf der Betriebsratsitzung vom 21. d. M. Schon bei Eröffnung der Betriebsratsitzung war eine gespannte Situation vorhanden. Nachdem der 2. Betriebsratsvorsitzende die Sitzung eröffnet hatte, meldeten sich Schleron und Thiemt zur Geschäftsordnung. Sie protestierten gegen die Schikanen der Verwaltung, wonach die Betriebsräte gezwungen worden, bei Sitzungen bis zum Schlußschluß zu arbeiten. Es ist eine innerhörte Annäherung zu verlangen, daß die Betriebsräte volle acht Stunden arbeiten und dann noch darüber hinaus an einer Sitzung teilnehmen sollen. Berg- und Dreher erklärte, daß der Obersteiger Sagner von Delbrüschächte vollständig in seinem Sinne handle und es nicht zutreffend sei, sich von Sagner „leiten“ lassen. Für Betriebsratsmitglieder konnten durch diese Schikane nicht rechtzeitig der Sitzung beiwohnen und ihr Recht als Vertreter der Belegschaft nicht ausüben. In der Diskussion sprach als erster Kollege Schleron. Er warnte die Versammelten, sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben, daß durch Verhandeln ohne organisatorische Zusammenfassung eine Besserstellung der Arbeiterschaft zu erreichen wäre. Die heutige gut besuchte Versammlung wird bestimmt einen besseren Eindruck erwecken wie die letzte. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechtert sich von Tag zu Tag, so daß selbst ein Berg- und Dreher in der Sitzung erklärte: „Die Kantinen können nicht billiger verkaufen, da doch alle Lebensmittel im Preise gestiegen sind.“ Der Lohn- und Tarifvertrag entspricht heute keineswegs mehr den Anforderungen. Die Auslegung dieser Verträge werde von den Bergbehörden und Arbeitsgerichten im Sinne des Unternehmertums gehandhabt. — Was sagt das Ober-Bergamt zu der Schikaniierung der Betriebsräte? Nichts! Bergamt und Revieramt sagen auch nichts zu den grundlosen Entlassungen, Bestrafungen und der schlechten Behandlung der Kollegen. An Bestrafungen über 1/4 Schichtlohn in Delbrüschächte sind vom 1.—22. September 16 gezählt worden. Davon mit voller Schicht 5 und halber 11! Die Gründe sind „Bergpolizeiliche Vorschriften“, „Unentschuldigt gefehlt“ und „Frechheit.“ (!) Auf die Berufsarten verteilen sich diese: Dauer 2, Füller 7, Wagenstößer 3, Aufseher 1 und Holzschläger 1.

Die Bestrafungen unter 1/4 Schicht gehen jeden Monat in die Hunderte.

Das Tollste auf Delbrüschächte sind die Entlassungen. Vom 1.—22. September waren es schon 22 Mann, außerdem war gegen 4 Mann die Kündigung schon eingereicht, 5 oder 6 Kündigungen sollen am Anfang der nächsten Woche ausgesprochen werden. Davon haben Einspruch erhoben 6, Kündigung retour 3, und eine Klage schwebt am Arbeitsgericht. Gründe für die Entlassungen: Für Dauerarbeit „ungeeignet“ 3 Mann (trotzdem jeder doppelte Prüfsung bestanden hat). Wegen „Minderleistung“ 5, Unentschuldigt gefehlt 8, der Rest andere minimale Vergehen. Auf Berufsarten verteilen sich diese: Dauer 4, Füller 10, Wagenstößer 4, Kolerer 3 und 1 Tagearbeiter. (Im Monat August waren es 27!) Als nächste meldeten sich die Kollegen Sowa und Fiol zu Wort. Sie meinten, man solle nicht so viel „politische Momente“ anföhren. Diese Aeußerung von Fiol erregte das Lächeln der Kollegen, da sich heute auch die primitivsten Kollegen klar sind, daß Politik von den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter nicht zu trennen ist. Die einstimmig angenommene Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

Die heute am 23. September 1928 im Festsaal der Guido-Grube versammelten Belegschaftsmitglieder von Guido-Grube und Delbrüschächte protestieren gegen die maßlosen Bestrafungen sowie ungerechtfertigten Entlassungen. Die Entziehung der Betriebsräte als gesetzliche Vertreter bedeutet eine Rechtslosmachung der Gesamtbelegschaften. Durch diese Maßnahmen versucht das Kapital die Arbeiterschaft müde zu machen. Die Erfolge, die in der Nachkriegszeit durch die organisierte Kraft der Arbeiter erzielt wurden, sollen nach und nach vollständig abgeschafft werden. Diese Maßnahmen liegen im Sinne des neudeutschen Imperialismus. Auf der einen Seite unnütze Ausgaben für Hindenburg-Empfang und Unterstützung von Berufsverbänden, andererseits verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und Rechtslosmachung, Teneuerung, schlechte Löhne. Die Versammelten geloben, sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen: 1. durch verstärkten Beitritt in die Gewerkschaften, 2. das Volksbegehren gegen die unnütigen Ausgaben mit aller Kraft zu unterstützen, 3. sich rechts hinter die gewählte Betriebsvertretung zu stellen.

Zum zweiten Punkt berichteten die Sterbelaufenvorsitzenden. Zum dritten Punkt über Verschmelzung beider Kassen kam es trotz reger Diskussion zu keiner Einigung. Diese Frage wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

## Oberschlesien — der Wochenendausflug für Minister

Wieder ist ein Minister in Oberschlesien gewesen. Herr von Guérard, zentralistischer Verkehrsminister, hat (das ist nun einmal so Mode) „sofortige Abhilfe“ der Uebelstände im ober-schlesischen Verkehr versprochen. Möglicherweise wird wirklich etwas getan, aber dann selbstverständlich nur das, was die ober-schlesischen Industriemagnaten zwecks bequemeren Profitraffens wünschen. Für die ober-schlesische Arbeiterschaft war bisher — und so wird es auch in Zukunft bleiben — Ministerreisen zwar kostspielige, aber ergebnislos: Angelegenheiten.

## Nach dem Roten Grenztreffen

Das Rote Grenztreffen in Beuthen war ein voller Erfolg. Der Regen, der schon am Sonnabend eingeseht hatte, und am Sonntag noch anhielt, konnte die Arbeiter aus dem Industriegebiet nicht abhalten, nach Beuthen zu marschieren und für den Kampf der Arbeiterklasse, gegen den imperialistischen Krieg und die Panzerkreuzerjagden zu demonstrieren. Schon am frühen Vormittag kamen die Arbeitertrupps von Gleiwitz, Hindenburg und anderen Orten des Industriegebietes an und zogen mit lampesfröher Stimmung, unter den Klängen der Schalmeienkapelle des KZB, durch die Straßen von Beuthen.

Um 13 Uhr war Ansetzen zur Demonstration auf dem Marktplatz. Der Regen hatte noch nicht aufgehört, aber trotzdem sammelten sich die Arbeiter zur Demonstration. Durch die Arbeiterquartiere ging der Zug, vorbei an den Hütten der Armen, begrüßt von den Frauen der Arbeiterfrauen und Männer, vorbei an den Palästen der Reichen, wo die Demonstrierenden nicht mit freundlichen Zurufen empfangen wurden, wo aber doch hinter den verschlossenen Fenstern die Ausbeuter und Unterdrücker lauschten, und von der jungen Jugend gepöbelt waren, daß es mit ihrer Herrlichkeit aus sein wird. Dann sich das ganze Proletariat in Marsch setzen und zu Demonstrationszügen werden wird. Vorbei ging der Zug der Arbeiter an dem Zwingers des Bourgeois, wo hinter Kellermauern die Welt des proletarischen Klassenkampfes schmachteten und noch umarmt werden. Aber trotzig klang das Lied der Arbeiter: „Nicht schämen wir den Feind.“ Die Rote Front marschiert, und sie wird Sieger!

Als der Demonstrationzug wieder zum Marktplatz zurückkam, war er mit rechts von Hunderten von Arbeitern und Arbeiterfrauen begleitet. Die Ansprache des Genossen Kaspar Berlin, der im Auftrage der Bundesleitung die ober-schlesischen Arbeiter begrüßte und betonte, daß das ober-schlesische Proletariat auf vorgehobenen Posten im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg steht, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Für die kommunistische Partei sprach Genosse Langner-Gleiwitz, der den nationalpolitischen Krummel anlässlich des Hindenburg-Besuches als eine nationalpolitische Stimmungsmache, als die ideologische Kriegsvorbereitung des neudeutschen Imperialismus charakterisierte und die Notwendigkeit der internationalen Verbrüderung der Arbeiter im Kampfe gegen den Imperialismus betonte. Seine sowie die Ausführungen eines Jugendgenossen fanden ebenfalls den lebhaften Beifall aller Anwesenden. Den Höhepunkt der Kundgebung auf dem Marktplatz bildete aber zweifellos die Übergabe der Fahne an die Ortsgruppe des KZB Beuthen. Zweitausend Arbeiter und Arbeiterinnen sprachen gemeinsam mit den KZB-Kameraden den Forderungen des Roten Frontkämpferbundes. Mit einem Hoch auf den Kampf der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg und die imperialistischen Kriegstreiber fand die Kundgebung ihren Abschluß. Am Abend fanden in zwei überfüllten Sälen Benachhaltungen

statt, die ebenfalls in einem Gelebens des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg ausklangen.

Das Rote Grenztreffen in Beuthen hat der Bourgeoisie gezeigt, daß auch das ober-schlesische Proletariat unter der Führung der kommunistischen Partei, des kommunistischen Jugendverbandes und des Roten Frontkämpferbundes seinen Mann stehen wird.

## Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

In der Berichtswache (vom 17. bis 22. September) ist die Lage des Arbeitsmarktes in der Provinz Oberschlesien gegenüber der Vorwoche nur wenig verändert. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich um 170 verringert, die der Vermittlungen stieg um 82. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist fast dieselbe. Gegenwärtig sind noch 13.809 Arbeiter erwerbslos.

## Gleiwitz

Wo fehlen Briefkästen? Das städtische Verkehrsamt schreibt: Das hiesige Postamt ist bereit, in Gleiwitz eine größere Anzahl neue Briefkästen anzubringen, wenn hierfür das Bedürfnis vorhanden ist. Die Briefkästen können nur an genügend beleuchteten Stellen angebracht werden. An die Gleiwitzer Bürger und deren Organisationen wird deshalb die Bitte gerichtet, dem städtischen Verkehrsamt bald geeignete Stellen für neue Briefkästen vorzuschlagen.

Schwerer Sturz. Auf der Kunststraße Colonnowska-Zawadzki verlor ein Motorradfahrer in dem aufgeschütteten Sande die Gewalt über das Motorrad und stürzte, wobei der Verunglückte einen doppelten Schädelbruch davontrug.

Wem gehören die Gegenstände? In der Zeit vom 27. August bis zum 16. September sind in den städtischen Autobussen folgende Sachen gefunden worden: vier Paar Handschuhe, ein Ring, ein Badeanzug, zwei Röhren, eine Perle, ein Regenschirm, eine Aktentasche, ein Schal, ein Handtäschchen mit Inhalt, eine Kinderfrüchtle, zwei Geldbörsen mit Inhalt und ein Spazierstock. Die Sachen können in den Dienststunden im Betriebsamt, Löwenstraße 6, abgeholt werden.

## Beuthen

### Berurteilung wegen Spionage

Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte die Angeklagte Margarete Klajchel aus Beuthen (Oberschlesien) wegen Spionage zugunsten Polens zu acht Monaten Gefängnis. Die Angeklagte war im Jahre 1925 mit Offizieren des polnischen Nachrichtendienstes in Katowitz in Verbindung getreten und hatte diesen bis zum Jahre 1927 Nachrichten übermittelt.

Von einem Baum erschlagen wurde beim Anfluten von Baumstämmen der Kutscher einer Wicherowitzer Firma.

## Gogolin

Verbrüht. Beim Abgießen kochenden Kartoffelwassers wurde in der Wohnung der Watschelschen Eheleute das einjährige Kind einer Frau Kobosch so schwer verbrüht, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird.

## Groß-Strehlitz

In den Brunnen gefürzt. Als der Brunnenaubauer B. aus Rotkolona bei einem Brunnenaub beschäftigt war, rissen plötzlich die Seile und B. stürzte in den 20 Meter tiefen Brunnen. In allem Unglück fiel noch eine schwere Eisentaste nach und fügte dem B. erhebliche Verletzungen am Rücken zu.

## Ost-Oberschlesien

### Streik in den Möbelfabriken

Vorgestern früh brach in den Möbelfabriken Wandus und Thonet in Jassentz und in Lodigowit ein Streik aus, der 1600 Arbeiter umfaßt. Die Ursache des Streiks ist in Lohnforderungen zu suchen.

## Kreuzburg

„Hohe Bildung“. Man fühlt sich in die Zellen Wilhelms versetzt, wenn man bei der Firma Oelfarbenfabrik Krug oder sonst an einer anderen Arbeitsstelle des obengenannten Herrn vorbeigeht. Im Offizierskostüm schnauzt er die Arbeiter an, daß die Leute im Hause die Köpfe zusammenstecken. Dabei nicht selten Ausbrüche gebrauchend, von deren Veröffentlichung wir absehen. Wir fragen die Arbeiter, wie lange wollt ihr euch diese Art Behandlung gefallen lassen?

Es hat geholfen. Vor einigen Wochen veröffentlichten wir einen Artikel, der sich mit der Ueberstundenarbeit bei der Firma Pulmiz A.-G. Kreuzburg befaßte. Jetzt wird acht Stunden gearbeitet. Ueberstunden dürfen nicht gemacht werden. Nebenbei mußte die Firma noch 500 Mark Geldstrafe zahlen.

Der richtige Weg. Die Firma Eisengießerei Komorow arbeitete in letzter Zeit bis in die späten Nachstunden hinein. Obwohl das dem Gewerbeamt bekannt sein mußte, trat keine Aenderung ein, bis daß ein Lehrling den Mut fand und die Firma verklagte. Recht so!

## Ziegenhals

### Hallo, „Die Trommler“ kommen

und spielen am Sonntag, dem 30. September, 10 Uhr im „Bergkeller“, Seminarstraße. Die Eintrittspreise betragen 1 Mark, 75 und 60 Pfennige. Karten können von den Kollekturinnen, den Funktionären sowie im „Weißen Lamm“, Zollstraße, entgegengenommen werden. Vorher Ansprache über „Zwed und Ziele der Internationalen Arbeiterhilfe“. Wir laden hiermit alle umliegenden Ortsgruppen zum zahlreichen Besuch ein, da den Werttätigen der Kreise Reife und Neustadt selten ein so gutes proletarisches Programm gezeigt werden wird.

## Oppeln

### Arbeitereltern, Jungarbeiter, Arbeiterkinder!

Am Sonntag, dem 30. September, findet im Saale des „Schützenhauses“ ein proletarisches Elternabend, verbunden mit der Eröffnungsfest der Wochenschule des KZB, Bezirk Oberschlesien, statt. Theateraufführungen und Konzerte werden den Elternabend angehängt. Wir erlöchen alle Parteigenossen, KZB-Kameraden und Arbeiter, mit ihren Frauen und Kindern zu erscheinen. Ebenso sind alle Jungarbeiter und Arbeiterkinder herzlich eingeladen. Anfang 16 Uhr und 20 Uhr. Eintritt 30 Pfennige.

Die Zahlung der Militärrenten findet am Sonnabend, dem 29. September, die der Alters-, Invaliden- usw. Renten am Montag, dem 1. Oktober, in der Turnhalle in der Obervorstadt, und zwar von 7,30—12 und von 15—18 Uhr statt.

Bieh- und Krammarkt. „Wenig Geld“ war das Kennzeichen der am Dienstag abgehaltenen beiden Märkte. Der Viehmarkt hatte kein besonders gutes Bild. Gekauft wurde sehr wenig. Das gleiche zeigte sich am Krammarkt. Die Jakobslöhne konnten sich die Lunge rauschreiben, ohne daß sie ihre Waren loschlugen. Neues sah man am Markt nicht, und das Alte zieht nicht mehr. Es hat den Anschein, als ob das Leben dieser Märkte kein langes mehr sein wird.

Ein prägelnder Schachtmeister. Von den Arbeitern der Baustelle Feldstraße wird uns geschrieben: Wir mußten uns schon des öfteren mit der Firma Fiebig beschäftigen. Auf der Baustelle Feldstraße ist ein Kohlenhändler und Schachtmeister Filusch aus Oppeln III tätig. Vor kurzer Zeit hatte dieser einen Arbeiter, weil er angeblich zu lange austraten war (!), zu Boden geschlagen und unter den gemeinsten Nebensarten nach Hause geschickt und fristlos entlassen. Am Donnerstag wollte Filusch einen jüngeren Arbeiter ohreigen. Nur durch das Auftreten des Arbeiters und der vorbeikomenden Passanten ist Filusch davon abgehalten worden. Wir möchten der Firma Fiebig empfehlen, diesen Menschen so schnell wie möglich zu beseitigen, sonst sind wir Volksarbeiter gezwungen zur Selbsthilfe zu greifen.

## Aus der Partei

Der ehemalige Genosse Reinhold Heimel-Neustadt O.S. ist wegen Veruntreuung von Parteigeldern aus der KPD. ausgeschlossen worden.

## Versammlungskalender

Donnerstag, 27. September.

Beuthen. KPD. Um 19,30 Uhr im Lokal von Neumann Agitprop, Literaturobleute und Kollekturkonferenz des gesamten Arbeitsgebietes. Ebenfalls müssen sämtliche Parteileiter der Ortsgruppen und Zellen erscheinen.

Gleiwitz. KPD. Um 19,30 Uhr Straßenzellenversammlungen. Das Süttenviertel: im „Graf Mollke“, Bahnhofstraße. Referent: Genosse Jendrosch. — Zentrum: in der „Stadt Wien“. Referent: Genosse Dlugosch. — Trunkel: im „Goldenen Stern“. Referent: Genosse Drzhmalla. — Petersdorf: im Lokal Prashma. Referent: Genosse Gallaus.

Freitag, 28. September.

Gleiwitz. KPD. Um 19,30 Uhr im Parteibüro Sitzung der Agitprop, Literaturobleute und Kollektur des Arbeitsgebietes.

Sonnabend, 29. September.

Zaborze. KPD. Um 19 Uhr: Funktionärsitzung.

Kattowice. KPD. Um 18,30 Uhr im Lokal Goldner öffentl. Versammlung.

**Auch das Dorf muß für den Volksentscheid gewonnen werden!**  
**Rüstet zum Landsonntag!**  
**Bestellt die Wochenausgabe!**